

Beginn: 10:06 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 128. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich bisher 13 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute haben wir einen Kollegen unter uns, der seinen Geburtstag feiert – sogar einen runden Geburtstag, wenn man das in jugendlichen Jahren sagen darf. Herr Daniel Sieveke von der CDU-Fraktion feiert seinen 40. Geburtstag mit uns. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen)

Die Hoffnung auf eine kurze Plenarsitzung muss ich Ihnen leider nehmen. Beim Blick in die heutige Tagesordnung werden Sie sehen, dass wir viel Zeit mit Ihnen, dem heutigen Geburtstagskind, in diesem Raum verbringen werden. Gleichwohl: Alles Gute! Herzliche Glückwünsche!

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Ergänzung
Drucksache 16/13400

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/13500 bis 16/13507,
16/13509 bis 16/13516 und 16/13520

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2016 bis 2020 mit Finanzbericht 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/12501

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13518

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 – GFG 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12502

Ergänzung
Drucksache 16/13400

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13517

zweite Lesung

Hierzu einige Vorbemerkungen und Anmerkungen:

Erstens. Ich weise noch einmal auf die zahlreichen Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2017 hin, die Ihnen gestellt wurden. Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind auch in den Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt und können dort entnommen werden.

Zweitens. Die Reihenfolge der Beratung der Einzelpläne ist in der aktuellen Tagesordnung als Anlage ausgedruckt. Dort finden Sie auch die jeweils verabredeten Redezeiten.

Darüber hinaus erinnere ich gerne noch einmal daran, dass Abstimmungen auch über eventuelle Änderungsanträge zu den Einzelplänen jeweils nach Ende der Beratung des jeweiligen Einzelplans durchgeführt werden.

Insgesamt führen wir heute und morgen zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen durch. Sollten in diesem Zeitraum Abstimmungen anfallen, werden wir sie nach 14 Uhr nachholen.

Nun rufe ich auf:

**Grundsatzdebatte
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

In Verbindung mit:

Einzelplan 20
(Finanzen allgemein)

Und:

Einzelplan 12
(Finanzministerium)

Sowie:

Finanzplanung 2016–2020 und Finanzbericht 2017

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/13500, 16/13512, 16/13518 und
16/13520

Nach allen diesen Vorbemerkungen treten wir jetzt in die Aussprache und Beratung ein. Als Erster hat Herr Dr. Optendrenk für die CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Danke schön. – Guten Morgen! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute die Schlussbilanz von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen. Nach sieben Haushalten steht unser Land schlecht da. Trotz Rekordsteuereinnahmen, trotz historisch niedriger Zinsen, trotz Bundeszuschüssen in Rekordhöhe will diese rot-grüne Landesregierung auch im nächsten Jahr immer noch 1,6 Milliarden € neue Schulden machen.

Nicht einmal unter diesen ungewöhnlich günstigen Rahmenbedingungen schafft es die Regierung, einen soliden Haushalt für 2017 vorzulegen. Die Schulden des Landes belaufen sich inzwischen auf fast 144 Milliarden €. Seit dem Jahr 1973 haben wir dafür 136 Milliarden € an Zinsen bezahlen müssen. Das heißt, nur 8 Milliarden € netto sind für Zukunftsinvestitionen eingesetzt worden. Das sind 5,5 % der dafür aufgenommenen Kredite. Den Rest haben die Finanzminister seit 1973 zu den Banken zurückbringen müssen.

Schulden aufnehmen ist also nachweislich keine präventive Politik, sondern nimmt – im Gegenteil – unseren Kindern und Enkeln die Zukunftschancen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Schulden seit Heinz Kühn und Johannes Rau haben unser Land nicht vorangebracht. Die Schulden haben den Strukturwandel nicht gefördert, dafür aber jedem neuen Landtag einen immer schwereren Mühlstein um den Hals gehängt.

Welchen Spielraum hätten die Regierung und das Parlament heute im Jahr 2016 für Investitionen in Breitband, für neue Technologien, für den schnelleren Ausbau von Kitas, für bessere Schulen und für bessere Ausstattung der Polizei, wenn nicht Generationen von Politikern seit 1973 jedes Jahr auf Pump gewirtschaftet hätten?

Wie könnten wir heute alle gemeinsam Zukunft aus Landesmitteln gestalten, wenn da nicht diese Milliardenlasten der Vergangenheit wären, für die wir nur Zinsen zahlen, die wir aber nicht netto tilgen?

Wie wenig wäre die Regierung Kraft immer wieder in der Versuchung, Landesinteressen aufzugeben, um an zusätzliche Bundesmittel zu kommen? Herr Minister Groschek, ich nenne nur das Thema „Autobahnen“.

Dann müsste der Regierungssprecher a. D. von Johannes Rau und heutige Finanzminister nicht immer das Märchen vom erfolgreichen Strukturwandel und von den fortdauernden Lasten dieses Strukturwandels erzählen – als eine gewissermaßen gebetsmühlenartige Rechtfertigung für die mangelhafte Leistung dieser Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieses Land braucht endlich eine Regierung, die ehrlich über die Fehler der Vergangenheit spricht – etwa den Größenwahn der landeseigenen WestLB in der Ära Neuber/Schleußer/Rau –, in der Gegenwart nicht nur Durchhalteparolen ausgibt und dann auch noch klare Ziele für die Zukunft unseres schönen Landes definiert. Auf allen diesen Feldern aber ist seit 2010 schlicht Sendepause.

Die präventive Schuldenpolitik hat sich inzwischen auch als Seifenblase erwiesen; denn eine Präventionsrendite gibt es erkennbar überhaupt nicht, dafür aber weiter neue Schulden.

Während selbst Niedersachsen, das mit seiner Beteiligung an VW – wir kennen die kleinen Schwierigkeiten, die dieser Konzern im Moment hat – auch seine erheblichen Probleme hat, ob das nun auf der Seite der Lohnsteuereinnahmen, der Beteiligung oder des Kapitals ist, trotzdem mit dem Geld auskommt – und das auch noch unter einer rot-grünen Regierung; das tut mir ja fast schon weh –, flüchtet sich die Regierung Kraft weiter in Tricksen und Kaschieren, um so wenigstens den Muttertag 2017 zu erreichen.

Da werden die zu erwartenden Steuereinnahmen schön hochgeschrieben, die Vorsorge – das ist noch viel schlimmer – für zukünftige Pensionslasten wird drastisch gekürzt, globale Mehrausgaben werden erhöht, und der Bau- und Liegenschaftsbetrieb wird weiter als Melkkuh der Nation benutzt.

Mittlerweile ist der Finanzminister an der Stelle sogar so weit, dass er alle diese Trickereien und Sondereffekte braucht. Er muss sein ganzes Repertoire aufbieten, um wenigstens den Anschein eines gerade eben noch soliden Haushalts aufzubieten. Das ist keine verantwortungsvolle Politik, Herr Minister.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schauen wir uns beispielsweise an, wie das mit der Beteiligung des Bundes an allen möglichen Lasten ist. Natürlich gibt es ganz viele Lasten, die derzeit das Land und die Kommunen zu tragen haben. Wenn aber alleine der Bund seit 2010 seine Zuweisungen an das Land um 4,1 Milliarden € – von 5,8 Milliarden € auf 9,9 Milliarden € – erhöht hat und Sie jetzt

gleichzeitig 55 Milliarden € Steuereinnahmen pro Jahr erwarten – 2010 waren es im Ist 38 Milliarden € –, die Neuverschuldung in einem Jahr aber nur um 3,3 Milliarden € – von 4,9 Milliarden € auf 1,6 Milliarden €; das ist ja wohl die realistische Vergleichssumme – senken, dann stehen Ihnen, muss man sagen, in dieser Zeit rechnerisch 51 Milliarden € Mehreinnahmen zur Verfügung. Sie senken aber die gesamte Neuverschuldung über Ihre Wahlperiode hinweg nur um 17 Milliarden €.

Nach Adam Riese werden also 34 Milliarden € für etwas anderes verwendet – sicherlich zum Teil für sinnvolle Dinge wie die Finanzierung der Kommunen. Dabei handelt es sich um den Anteil von 23 % am GFG-Steuerverbund. Aber das erklärt es bei Weitem nicht. Sie alle – auch in der Regierung – wissen: In guten Zeiten sorgt man für schwierige Zeiten vor.

Wir hatten insbesondere in der Zeit zwischen 2010 und 2015 gute Zeiten, bevor die Sonderlasten kamen, die wir jetzt alle miteinander zu schultern haben. Und auch heute haben Sie Steuereinnahmen, von denen andere Generationen nur zu träumen wagten. Da wurde über ein durchschnittliches Steuerwachstum von 1 % gesprochen. Sie kommen gar nicht unter 4 % pro Jahr daher. Wann, wenn nicht in solchen Zeiten, wollen Sie denn mit dem Geld sparsam umgehen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kein Wunder, dass der PwC-Nachhaltigkeitsindex, der jedes Jahr für alle Länder unabhängig erstellt wird, Nordrhein-Westfalen inzwischen auf Platz 11 sieht. Das Land ist von 2015 auf 2016 von Platz 8 auf Platz 11 abgesunken.

Wenn man einmal den neuen Verteilungsschlüssel des Länderfinanzausgleichs bzw. der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zugrunde legen würde, dann würden wir ab 2020 damit, wenn es so bleibt, nur noch auf Platz 13 liegen. Das ist doch nicht der Anspruch unseres Landes. Es kann auch nicht der Anspruch Ihrer Landespolitik sein, im Vergleich der Haushaltspolitik aller Bundesländer auf Platz 13 zu liegen – noch ganz knapp vor Bremen.

Das alles zeigt, dass Sie mit Ihrer Haushaltspolitik am Ende sind. Leider zieht sich dieses Ende aber noch bis zum 14. Mai 2017 hin.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb ist auch eine solide und robuste Schuldenbremse umso wichtiger. Die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse ist ja kein Selbstzweck, sondern konkretisiert das Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit.

Wohin es geht, wenn man das so macht, wie es in der letzten Plenardebatte hier von Rot-Grün eingebracht worden ist, sehen Sie ganz deutlich bei der Koalitionsbildung von Rot-Rot-Grün im Land Berlin.

Jede löchrige Schuldenbremse wird bei passender Gelegenheit sofort ausgehebelt. Das ist ja offensichtlich Ihre Blaupause hier. So verstehen wir jedenfalls Ihren Antrag, den Sie da eingebracht haben. Denn Sie haben schon in der Verfassungskommission mit der 5-Milliarden-€-Kreditemächtigung für den BLB versucht, durch ein Hintertürchen zu gehen. Ausgerechnet der besondere Schweiz-Freund Minister Walter-Borjans soll also eine Schuldenbremse bekommen, die löchriger ist als ein Schweizer Käse.

Herr Minister, wenn Sie in der Zeitung mit dem Satz „Eine schwarze Null heißt, wir schaffen den Staat ab“ zitiert werden, dann will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Das mag ihr Grundverständnis sein.

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Das haben Sie gegenüber der „Rheinischen Post“ als Zitat freigegeben.

(Widerspruch von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Sie können gerne nachher erklären, dass Sie es anders gesagt haben. Aber damals haben Sie es nicht dementiert.

(Christian Lindner [FDP]: Immer dieser Streit um die Zitate!)

Das Zitat stammt aus der „Rheinischen Post“ vom 7. März 2016. Da steht:

„Finanzminister Walter-Borjans: Eine schwarze Null heißt, wir schaffen den Staat ab.“

Und das ist das Grundverständnis vom Staat? Wir haben ein anderes Staatsverständnis, Herr Minister.

Aber weil Ihnen inzwischen an allen Ecken und Enden das Hemd zu kurz wird, kürzen Sie bei der Zukunftsvorsorge. Sie erzählen, Bayern habe eine geringere Zukunftsvorsorge bei Pensionslasten als Nordrhein-Westfalen. Wer aber keine Schulden macht und Schulden tilgt, muss auch nicht so viel für das vorsorgen, was er später nicht mehr bezahlen kann. Sie leben weiter auf Pump.

(Beifall von der CDU)

Hätten Sie nicht die Koalitionsfraktionen veranlasst, dass wir inzwischen eine Änderung des fraktionsübergreifenden Konsens aus dem Jahre 2005 haben, den damals noch Minister Groschek als Sprecher im Unterausschuss Personal mit eingeführt hat. Damals haben wir vereinbart, dass wir Zukunftsvorsorge für jede neu eingestellte Beamtin und jeden neu eingestellten Beamten treffen wollen, und zwar mit dem Ziel, 70 % der zukünftigen Pensionslasten im Haushalt aus einem solchen Fonds zu decken. Wenn Sie das nicht im letzten Jahr gekündigt hätten, dann müssten wir jetzt nicht in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 1 Milliarde € mehr in diesen Fonds einzahlen.

Sie haben das auf 200 Millionen € gedeckelt und gesagt: Das ist ja gar nicht so hoch verzinslich; da können wir das Geld besser ausgeben. – Sie sparen es ja nicht; Sie geben es einfach mehr aus. Damit produzieren Sie ein weiteres Loch von bis zu 9 Milliarden € bis zum Jahr 2025, und Sie hängen dem nächsten Parlament den nächsten Mühlstein um den Hals.

Deshalb brauchen Sie auch in diesem Haushaltsplan wieder Sondertilgungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs. Das innere Darlehen ist dann schneller getilgt. Das mag für den Bau- und Liegenschaftsbetrieb sogar gut sein. Eine Vorfälligkeitsentschädigung verlangen Sie ja nicht. Aber 2019 fehlt dann das Geld in der mittelfristigen Finanzplanung. Um es rheinisch auszudrücken: Wat fott es, es fott.

Deshalb veranschlagen Sie alle möglichen Positionen, verschieben alles Mögliche in die Zukunft und etatisieren bei den Herausforderungen, die wir aktuell haben – innere Sicherheit und Ähnliches –, dann kw-Vermerke. Diese kw-Vermerke gelten für Stellen, die im Konsens dieses Hohen Hauses eingerichtet worden sind, wofür wir sogar beschleunigte Verfahren durchgeführt haben. Da tun Sie so, als wäre die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen ab 2019 wieder völlig harmlos, sodass man die Stellen einfach wieder abbauen könnte. Sie realisieren in der mittelfristigen Finanzplanung auf einmal diese kw-Vermerke alle wieder. Wer soll Ihnen denn glauben, dass diese mittelfristige Finanzplanung solide ist? Kein Mensch!

Herr Finanzminister, dieses Land muss wieder auf den Boden einer soliden Finanzpolitik und nicht nur einer intensiven Finanzkommunikation. Hören Sie endlich auf, entschlossen auf Kosten der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder zu konsumieren, und tun Sie das, was Ihre Hauptaufgabe ist. Diese besteht nämlich nicht darin, ganz viel Kommunikation irgendwo außerhalb des Parlamentes und außerhalb des Ministeriums zu machen. Sie sind doch der Haushaltsminister des Landes. Das kann man nicht in Teilzeit machen.

(Beifall von der CDU)

Ihre Kommunikationsblase „Effizienzteam“ ist inzwischen auch geplatzt. Inzwischen geben Sie wieder mehr Geld für alle möglichen Mieten aus, als Sie beim Effizienzteam angeblich einsparen wollten. Sie hatten in der vorhergehenden mittelfristigen Finanzplanung noch behauptet, entsprechend einsparen zu wollen.

Ich kann nur folgendes Fazit ziehen: Offensichtlich setzen Sie – außer beim Ausgabenwachstum – nur in einem einzigen Bereich in Nordrhein-Westfalen auf Wachstum, nämlich bei den Stellen in den Ministerien; ganz nach dem Motto – analog zu Willy Brandt, nur leider falsch verstanden –: Mehr Bürokratie wagen!

In Ihrer Wahlperiode sind 567 Stellen netto neu dazugekommen. Noch nie gab es mehr Stellen in den Ministerien; noch nie gab es so viel Ministerialbürokratie; noch nie war der Anteil der Ministerialbeamten am Gesamtpersonal des Landes so hoch. Es geht offensichtlich nicht um mehr Polizisten, mehr Lehrer und mehr andere Mitarbeiter in unserem Landesdienst, sondern um mehr Ministerialbürokratie, um mehr in Ihrem Umfeld. Und das ist nicht mehr Leistung, sondern das ist mehr Bürokratie.

Wer sich dann noch wundert, dass die Steuerung dieses Landes dazu führt, dass wir im Grunde einen Stillstand haben, der muss sich gar nicht mehr wundern; denn die Leute arbeiten zwar, aber sie arbeiten mehr gegeneinander als für das Land. Das ist nicht ein Vorwurf an die Mitarbeiter, sondern liegt am Steuerungsversagen dieser Regierung.

(Beifall von der CDU)

Am Haushalt von Rot-Grün erkennt man eines: Ihr Haltbarkeitsdatum ist am 14. Mai 2017 abgelaufen. – Herzlichen Dank.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Optendrenk, das war das laute Pfeifen im dunklen Wald. Es erinnerte mich sehr an Reden, die wir hier 2012 über das Verfallsdatum rot-grüner Regierungen in NRW gehört haben. Das sollten wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Wählerinnen und Wählern überlassen. Wir gehen sehr gelassen in diese Auseinandersetzung, weil wir wissen, dass das Bild, das Sie hier gerade gemalt haben, nichts mit der Realität zu tun hat.

Die Menschen in diesem Land wissen das auch. Das kann man sehr gut an Ihrer Äußerung zum Strukturwandel deutlich machen. Herr Optendrenk, ich kann verstehen, dass Sie das da, wo Sie herkommen, vielleicht nicht nachvollziehen können. Wo Landwirtschaft sehr stark ist, vollzieht sich der Strukturwandel sicherlich langsamer. Aber wenn Sie wie ich aus dem Ruhrgebiet kämen, dann wüssten Sie, dass dieser Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen funktioniert

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

und dass es mit diesem Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen gelingt, die Menschen mitzunehmen.

(Lachen von der CDU)

– Sie lachen hier vorne. Da kann ich Ihnen nur empfehlen: Fahren Sie einmal nach England. Fahren Sie einmal nach Wales.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Genau! Da ist es noch schlimmer als hier! Das ist das Kriterium! Richtig gut!)

Fahren Sie einmal nach Nordfrankreich oder nach Belgien. Schauen Sie sich einmal an, was dort mit den Regionen der ehemaligen Kohle- und Stahlindustrie passiert ist und wie es bei uns im Ruhrgebiet aussieht. Dann merken Sie: Wir können Wandel in Nordrhein-Westfalen. Sie können ihn nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie verzichten mit dem, was Sie gerade als Haushaltspolitik vorgetragen haben, auf jeglichen Gestaltungsanspruch. Wir nehmen diesen Gestaltungsanspruch wahr. Wir konsumieren nicht auf Kosten zukünftiger Generationen, sondern wir investieren in die Zukunft.

Sie sprachen gerade von Bilanzen. Wir halten unsere Wahlversprechen. Uns wird von der Opposition immer vorgeworfen, wir hätten in der Haushaltspolitik unsere Wahlversprechen gehalten. Ja, da sind wir anders als CDU und FDP.

Ich greife einmal das Beispiel „Landesjugendplan“ auf, das wir jüngst diskutiert haben. Als Sie 2005 an die Regierung gekommen sind, hatten Sie versprochen, mehr Geld für Jugendliche bereitzustellen. Sie haben es aber nicht getan. Wir haben es 2010 auch versprochen, und wir haben es gehalten. Dies gilt auch für Studiengebühren und Kitagebühren.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Genau wie bei der Beitragsfreiheit!)

Wir halten unsere Versprechungen. Darauf sind wir auch stolz.

(Beifall von der SPD)

Wir halten auch unsere Versprechungen ...

(Christian Lindner [FDP]: 25 % mehr Studierende pro Professor!)

– Dass Sie Ihre Versprechungen nicht halten, Herr Lindner, ist ja kein Geheimnis.

(Christian Lindner [FDP]: Studienqualität sieht hier so aus! – Christian Lindner [FDP] zeigt mit dem Daumen nach unten. – Christian Lindner [FDP]: 25 % mehr Studierende pro Professor seit 2010!)

Dass Sie Nordrhein-Westfalen nur als Durchgangsstation für Ihre bundespolitische Karriere missbrauchen, ist ein Skandal.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Daumen nach unten gilt für Sie. Sie machen den Menschen vor, dass Sie etwas für Nordrhein-Westfalen tun. Aber in Wirklichkeit verfolgen Sie nur Ihre bundespolitische Karriere. Das ist doch der Punkt.

(Christian Lindner [FDP]: Gehen Sie einmal in die Hochschulen!)

Wir haben so in die Zukunft investiert, wie wir es versprochen haben. Wir haben Mittel für Kitas versprochen und diese verdoppelt, um die Bildungschancen für Kinder zu stärken. Wir haben mehr Geld für Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer gegeben, um beste Bildung für alle in den Schulen zu ermöglichen. Wir haben eine Rekordzahl an Polizeistellen für mehr Sicherheit dargestellt. Wir haben insbesondere die Mittel der Kommunen von 14,8 auf 24 Milliarden € erhöht, damit die Lebensqualität vor Ort verbessert werden kann. Das sind Zukunftsinvestitionen, die richtig sind und zu denen wir stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie tun immer so, als ob mehr Geld rausgeschmissenes Geld sei. Nein, das ist nicht so. Mehr Geld für Kitas ist nicht rausgeschmissenes Geld. Mehr Geld für Lehrerinnen und Lehrer ist nicht rausgeschmissenes Geld. Mehr Geld für Universitäten und Innovationen ist nicht rausgeschmissenes Geld. Vielmehr sind es Zukunftsinvestitionen für unser Land, die wir dringend brauchen – Zukunftsinvestitionen, auf die Sie verzichten wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun komme ich zu Ihrer Haushaltspolitik, bei der Sie – anders wir bei unserer Haushaltspolitik – mehrere Pirouetten gedreht haben. Sie als CDU haben in dieser Legislaturperiode eine Haushaltspolitik verfolgt, die durch drei Phasen ging.

Die erste Phase war die gerade von Ihnen angesprochene schwarze Null um jeden Preis. Herr Laschet hat hier an diesem Pult gestanden und das Saarland zum Vorbild erklärt, weil es 10 % der Stellen in allen Bereichen streichen wollte. 10 % weniger Polizisten! 10 % Lehrerinnen und Lehrer! 10 % weniger Beamte in der Bürokratie! Allerdings müssen diese auch dafür sorgen, dass Genehmigungsprozesse schnell ablaufen. Diese Kahlschlagpolitik war der Vorschlag von Herrn Laschet.

Die CDU-Landtagsfraktion weiß wahrscheinlich auch, dass man nicht alles ganz so ernst nehmen kann, was Herr Laschet von hier verkündet, und hat das nicht beantragt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber was Sie dort beantragt haben, ist die Streichung von Polizeistellen, die Streichung von Stellen von Lehrerinnen und Lehrern. Das war Ihre Politik, und das wollen Sie uns doch nicht ernsthaft als zukunftsgerichtet verkaufen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die zweite Phase Ihrer Haushaltspolitik hier war wieder haushaltspolitische Schizophrenie. Da waren

zum einen die Haushaltspolitiker, die im HFA gesagt haben, es wird viel zu viel Geld ausgegeben und es muss gekürzt werden: kürzen, kürzen, kürzen. Und in den Fachausschüssen waren es die Fachpolitiker, die gesagt haben: Hier müssen wir mehr Geld ausgeben, dort müssen wir mehr Geld ausgeben. Das war die Zwischenphase Ihrer Politik, und die scheinen Sie jetzt zu überwinden, indem Sie zur letzten Phase kommen, nämlich: Wir versprechen allen alles, koste es, was es wolle.

Sie haben durch verschiedene Anträge in diesem Haus Vorschläge in Milliardenhöhe vorgelegt. Sie haben eine Milliarde gefordert für mehr Förderung für Wohneigentum. Sie haben mindestens eine Milliarde gefordert für mehr Geld für die Kommunen. Sie haben gleich zwei Milliarden mehr Geld für den ÖPNV gefordert. Ich könnte diese Reihe lange fortsetzen.

Aber Sie haben noch einen draufgelegt. Sie haben gesagt: Weil wir auf der einen Seite 4 Milliarden € mehr ausgeben wollen, verzichten wir auf der anderen Seite durch Steuersenkungen, die wir beim Bund machen wollen und die wir aus NRW unterstützen, noch einmal auf 3 Milliarden €. Das sind 7 Milliarden € Belastungen für den Haushalt von NRW. Sie, die dort als CDU-Fraktion sitzen, sind mit diesen Ansätzen von Haushaltspolitik die größte Gefahr für die Schuldenbremse in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Nirgendwo anders als in der Finanzpolitik wird so klar deutlich, dass Ihnen, Herr Laschet, ein Plan für dieses Land fehlt. Sie springen von der einen Schlagzeile zur nächsten und haben keine durchgängige Politik, sondern wechseln je nachdem, was Sie gerade für en vogue halten, Ihre Positionen. Das ist nicht unsere Politik.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Verlässlich ist schlecht!)

Wir machen eine verlässliche Haushaltspolitik, die sich seit 2010 an den Grundsätzen orientiert, stetig die Neuverschuldung abzubauen, in die Zukunft zu investieren und für Mehreinnahmen zu sorgen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das war einmal!)

Gerade dieses Sorgen für Mehreinnahmen ist ja das, was Ihnen eigentlich der größte Dorn im Auge ist. Dass nämlich dieser Finanzminister durch eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug nicht nur für mehr Gerechtigkeit, sondern damit auch noch für mehr Geld im Landeshaushalt sorgt, das stört sie. Aber das ist eine richtige Politik, die wir weiter umsetzen müssen, weil es dazu beiträgt, dass wir den Haushalt konsolidieren, und insbesondere dazu, dass es mehr Gerechtigkeit in diesem Land gibt.

(Zuruf von der FDP: Wir hatten noch nie so viele Schulden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorliegende zweite Lesung des Haushalts hat einen guten Entwurf der Landesregierung zur Grundlage – ein guter Entwurf, der noch einmal besser geworden ist durch die Ergänzungsvorlage, wo unter anderem mit Mitteln für Weiterbildung wichtige Akzente gesetzt worden sind. Dieser Entwurf ist noch einmal besser geworden durch unsere Änderungsanträge, die wir beschlossen haben. Wir haben die Änderungsanträge und Verbesserungsvorschläge der Opposition mal wieder vermisst. Sie gehen ja sehr bewusst mit Ihren Änderungsanträgen nicht in die Fachdebatten, weil Sie genau wissen, dass Sie da Schwierigkeiten haben werden.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Wir haben noch einmal Akzente gesetzt für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft durch die Förderung des Ehrenamtes: Geld für Kinderfeuerwehren, um freiwillige Feuerwehren zu stärken, Geld für Betreuungsvereine, um Menschen, die eine besonders schwierige Situation haben, ehrenamtlich helfen zu können. Wir haben noch einmal Akzente gesetzt für mehr Steuergerechtigkeit und -einnahmen, unter anderem durch Stellen für die Bekämpfung von Geldwäsche. Und wir haben noch einmal Akzente gesetzt für Zukunftsinvestitionen in Innovation zur Unterstützung der Wirtschaft und der Hochschulen.

Das sind unsere Schwerpunkte in dieser zweiten Lesung. Dabei stellen wir sicher, dass die Neuverschuldung nicht gesteigert wird. Das ist eine zukunftsorientierte und solide Haushaltspolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanzminister Dr. Walter-Borjans hat sich bekanntlich vor wenigen Wochen mit griechischen Steuerbeamten getroffen – zu Schulungszwecken, wie er sagt. Die interessierte Öffentlichkeit fragt sich immer noch: Wer hat da eigentlich was von wem gelernt?

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN – Marc Herter [SPD]: Das ist ja selbst unter Ihrem Niveau, Herr Witzel!)

Ihr vorliegender Haushalt gibt dazu interessante Hinweise. Noch nie war der Umfang, Herr Kollege, an Haushaltskosmetik, an Verschiebebahnhöfen und an Verschleierungsstrategien so groß in diesem Land.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Hilfe!)

Deshalb ist das schon ein ganz besonderer Haushalt, aber nicht nur deshalb. Denn es ist auch der letzte Haushalt dieser Landesregierung und dieses Finanzministers vor der Abwahl der rot-grünen Konstellation im Mai nächsten Jahres.

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU] – Lachen von der SPD – Norbert Meesters [SPD]: Ha, ha, ha!)

Das ist der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode. Man kann seinen Vollzug bis zur Landtagswahl gar nicht mehr in Gänze nachvollziehen, und seine Belastbarkeit kann man nicht mehr prüfen. Daher ist davon auszugehen, dass jedwede neue Regierung vieles mit Nachtragshaushalten wird korrigieren müssen.

Dabei hätte heute doch ein so schöner Tag in Nordrhein-Westfalen sein können. Wir hätten bei den Bestbedingungen der letzten Jahre heute den Anlass einer schwarzen Null nach 40 Jahren Nettoneuverschuldung feiern können. Das wäre möglich gewesen. Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, haben das politisch nicht gewollt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wie die Lage ist, zeigt der Blick auf die Situation zu Zeiten Ihrer Amtsübernahme 2010 unmittelbar nach der internationalen Finanzmarktkrise. Sie haben bei einem Haushaltsvolumen von jetzt 72 Milliarden € 20 Milliarden € Haushaltsvorteil für die öffentlichen Haushalte: 18 Milliarden € durch Steuermehreinnahmen, 2 Milliarden € durch Zinsminderausgaben. 20 Milliarden € für die öffentlichen Haushalte, und fast nichts ist für die Rückführung der jährlichen Neuverschuldung bei Ihnen geblieben!

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie bitte? 5 Milliarden €!)

– Das ist ein Bruchteil, Herr Kollege.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Pro Jahr!)

Diese 20 Milliarden €, die für die öffentlichen Haushalte eine gute Nachricht sind und Ihnen als Landesregierung die Arbeit erleichtern, sind natürlich eine schlechte Nachricht für die Steuerzahler in unserem Land, für die Bürger und Unternehmen, weil es auch zeigt, wie Belastungen in den letzten Jahren gewachsen sind, beispielsweise durch Ihre Verdopplung der Grunderwerbsteuer oder dadurch, dass sich dieser Finanzminister immer gewehrt hat, die vollen nachteiligen Effekte der kalten Progression für die Bürger in diesem Land zu beseitigen.

Die Zinsminderausgaben, die Sie leisten müssen, sind eine schlechte Nachricht für die Bürger in Nordrhein-Westfalen, weil es bedeutet, dass Vermögensbildung nicht mehr möglich ist, dass Ersparnisse

durch eine fatale Negativzinspolitik vernichtet werden und dass Alterssicherung immer schwieriger wird.

Aber für Sie sind es Bestbedingungen, nämlich die besten Bedingungen seit der deutschen Einheit in diesem Land bei der Beschäftigung und bei der Konjunkturlage. Sie machen nur leider in Nordrhein-Westfalen nichts daraus – frei nach dem Motto: Die Haushalte werden in guten Jahren ruiniert, nicht in schlechten.

Bei der Vorstellung Ihrer Finanzplanung, Herr Finanzminister, haben Sie sich dessen gerühmt, dass Sie im Jahr 2020 die Schuldenbremse einhalten wollen. Das verdient natürlich für sich genommen Respekt. Sie sagen, Sie wollen keinen Verfassungsbruch begehen. Das ist an vielen Stellen schon anders gewesen,

(Zuruf von der SPD: Zu Ihrer Regierungszeit!)

etwa bei der Besoldung der Beamten oder bei der haushalterischen Abwicklung der WestLB.

Jetzt sagen Sie: In Haushaltsfragen gibt es in diesem Jahr keinen Verfassungsbruch. Sie konzentrieren Ihre gesamten Aktivitäten verfassungswidriger Politik auf Ihre Frauenquote im neuen Dienstrecht, aber nicht mehr auf den Haushalt. Das ist allerdings an anderer Stelle fatal; denn wir diskutieren ja hier auch den Einzelplan 12, und dabei kann man sehen, wie es mit der inneren Kündigung bei vielen Finanzbeamten aussieht, die jetzt spüren, wie es sich konkret auswirkt, wenn Sie schlechter qualifizierte Frauen innerhalb einer Hauptnote den besser qualifizierten Männern vorziehen.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Sie erwähnen nicht, dass Sie eigentlich das Ziel der schwarzen Null schon für das Jahr 2019 hatten und dass Sie es jetzt nicht mehr einhalten können. So ist das halt mit Bugwellen: Sie sehen immer so aus, als seien sie zum Greifen nah, wenn man sie vor sich herschiebt. Aber man erreicht sie nie.

Und das alles ist so, obwohl Sie sich eines Umfangs an Haushaltstricksereien bedienen, wie ihn dieses Land bislang noch nicht erlebt hat. Da bedienen Sie sich vor allem Ihrer drei Schattenhaushalte: BLB, NRW.BANK und Pensionsfonds.

Zur Melkkuh BLB: Bereits im Jahr 2016 musste der BLB an den Landeshaushalt 585 Millionen € überweisen. Ursprünglich wollten Sie ihn nur um 400 € melken.

(Zuruf von den GRÜNEN: 400 €, was?)

Dann hatten Sie das nächste Haushaltsloch. Dann kamen noch einmal 185 hinterhergeschoben – in den Landeshaushalt dazu.

(Zuruf von den GRÜNEN: Millionen, Herr Wittzell!)

Das ist einer Ihrer Selbstbedienungsläden. Immer wenn Sie Geld brauchen, wird es beim BLB abgerufen. Das ist zwar ökonomisch nicht sinnvoll, weil der BLB dieses Geld gar nicht hat und weil er dafür Schulden aufnehmen muss zu einem in der Regel viermal so hohen Zins, wie Sie es für den Landeshaushalt tun müssten. Aber dann fällt es da wenigstens nicht als Neuverschuldung auf.

Im aktuell vorliegenden Haushaltsentwurf 2017 hat der Schummelminister also 300 Schummelmillionen an dieser Stelle eingeplant.

(Zuruf von der SPD: Unverschämt!)

Sie, Herr Finanzminister, betätigen sich an dieser Stelle als Umbuchungskünstler. Das kostet zwar alles den Steuerzahler dasselbe Geld, nur fällt es dann nicht so auf. Aber trotzdem ist es bares Geld der Steuerzahler, auch wenn Sie oberhalb von Bagatellgrenzen bald das Bargeld verbieten wollen.

Neu im Programm hat der Finanzminister den Zaubertrick NRW.BANK. Die rot-grüne Landesregierung will passend zur Landtagswahl ab dem Jahr 2017 die Kommunen bei der Sanierung der Schulgebäude finanziell unterstützen.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

So weit, so gut. Nachdem Sie jahrelang die Schulpauschale nicht der Ausgabenentwicklung angepasst haben, sollen es jetzt vier Jahre lang je 500 Millionen € sein. Nur bezahlen wollen Sie die Maßnahme jetzt nicht aus dem Landeshaushalt. Deswegen muss ein neuer Nebenhaushalt als Schuldenbypass her. Die NRW.BANK soll die Zeche zahlen. Getilgt werden müssen die Schulden dann von der zukünftigen Generation innerhalb der nächsten 20 Jahre.

Ihre dritte Geldquelle ist der Pensionsfonds, also ein Sondervermögen, das das Land im Konsens aller Parteien in den letzten Jahren aufgebaut hat, um sukzessive Rückstellungen für die Versorgungsverpflichtungen vorzunehmen, die wir den Beamten in Nordrhein-Westfalen gegenüber haben.

Noch im Jahr 2014 haben Sie marktgerecht die Notwendigkeit geplant, 1,3 Milliarden € im Jahr 2017 zurückzustellen. Jetzt machen Sie nur etwas mehr als die Hälfte davon, und im Jahr 2018 sind es nach Ihrer Planung dann nur noch 200 Millionen €, damit Sie rechnerisch die Schuldengrenze 2020 erreichen können. Das sind Einspareffekte im laufenden Haushalt auf Kosten zukünftiger Haushalte: rund 600 Millionen € im Jahr 2017 und mindestens 700 Millionen € ab dem Jahr 2018.

Das ist Ihre Bilanz. Sie stellen sich hin, Herr Finanzminister, und veröffentlichen eine Neuverschuldung von nominell statistisch 1,6 Milliarden €. In Wahrheit ist mit 300 Millionen € BLB-Verschiebepark, 500 Millionen € Verschiebepark NRW.BANK und

dem rasierten Pensionsfonds von 600 Millionen € das Defizit Ihrer Politik um mindestens 1,4 Milliarden € höher. Also ist die Gesamtneuverschuldung etwa doppelt so hoch, wie Sie es nach außen hin angeben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wer denkt, mehr Intransparenz in der Finanzpolitik ginge nicht, der hat weit gefehlt; denn genauso machen Sie es ja auch bei dem Thema „Agio“. Sie geben jetzt entsprechend bei der Refinanzierung des Landes Kupons aus, für die die zukünftigen Haushalte viel zu hohe, nicht marktgerechte Zinsen zahlen müssen. Sie lassen sich das jetzt von den Finanziers durch entsprechendes Aufgeld entschädigen, was jetzt dem Landeshaushalt zufließt. – Da lachen Sie gerade. Aber es sind für Sie tatsächlich erfreuliche Umstände in der aktuellen Haushaltstrickserei. Sie sind an der Stelle ja auch ganz listig. Über 200 Millionen € nehmen Sie so für den laufenden Haushalt mehr ein als noch im Jahr 2013.

Wenn man all diese Haushaltstricks in Kombination mit den historischen Bestbedingungen sieht, dann stellt sich natürlich die Frage: Warum explodiert der Landeshaushalt trotz all dieser Tricksereien? – Die Antwort ist ganz einfach: Wir haben kein Einnahmeproblem. Wenn wir eines ausdrücklich nicht haben, dann das, sondern es mangelt an der notwendigen Ausgabedisziplin bei Rot-Grün. Sie haben das verdeutlicht, auch durch die Worte meines Vorredners. Allein Ihre drei Wahlgeschenke, für die Sie sich ja rühmen – den vollständigen Verzicht auf jede Form der Beteiligung von Studenten an den Studienbeiträgen, das beitragsfreie Kita-Jahr und das Sozialticket –, kosten jedes Jahr den Landeshaushalt eine halbe Milliarde €.

Sie haben 12.000 Planstellen zusätzlich aufgebaut, und das, obwohl Ihnen ja 4.500 Stellen in den Schoß gefallen sind, die bislang gar nicht für Dienstleistungen entsprechend zur Geltung gekommen sind – wie bei den 2.500 Stellen für die Vorgriffsstundenrückgaben, mit denen nur alte Arbeitszeitguthaben bezahlt worden sind oder wo sich die Bedürfnisse gewandelt haben, wie bei den 2.000 Stellen für den doppelten Abiturjahrgang. Bei all dem, was wir zu Recht an zusätzlichen Investitionen in Bildung benötigen, was an neuen Herausforderungen für Flüchtlingskinder da ist, hätten Sie erst einmal auf die 4.500 Stellen zurückgreifen sollen, die Ihnen in den Schoß gefallen sind, die Sie neu für tatsächliche Dienstleistungen am Schüler hätten einsetzen können, da sie statistisch für Sie frei geworden sind.

Herrn Rimmel haben Sie als Wahlgeschenk der Grünen innerhalb der Regierung zum Amtsantritt 300 zusätzliche Stellen für seinen Apparat geschenkt. Er saugt sich auch die letzten Jahre im Apparat immer mehr mit Stellen voll. Es gibt ständig neue Haushaltsänderungsanträge von Rot-Grün, immer noch mehr

Stellen bei Remmel zu schaffen, damit er dieses Land noch mehr regeln, noch mehr kontrollieren, noch mehr überwachen und noch mehr Menschen nach seinen eigentümlichen Vorstellungen erziehen kann. Wir halten das für den falschen Weg.

(Beifall von der FDP)

Sie müssen als wichtiges Thema die Ineffizienz Ihrer Landesbetriebe in Angriff nehmen und stattdessen auf wettbewerbliche Vergaben setzen. Die WestLB-Abwicklung dieser Legislaturperiode ist doch gerade das beste Beispiel dafür, dass der Staat eben nicht der bessere Unternehmer ist. Wie doch die Untersuchungen gerade auch der Steuerfahnder zeigen, ist ein öffentliches Unternehmen nicht ökonomisch besser, es ist auch nicht moralisch besser. Das Schlimme ist nur, dass Sie als Eigentümer so viele öffentliche Unternehmen haben, dass Sie völlig den Überblick verloren haben, was in den Unternehmen eigentlich noch alles an Machenschaften passiert.

(Beifall von der FDP – Marc Herter [SPD]: Und zu welchem Zeitpunkt? – Stefan Zimkeit [SPD]: 2007 war es! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Welche Minister saßen damals im Kabinett?)

Wir haben keinen Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen, keinen schlanken Staat, sondern das Gegenteil: Es fehlt an der notwendigen Aufgabenkritik, und wir haben keine Effizienzverbesserungen. Dafür gibt es aber – Herr Kollege, das wird Sie besonders freuen – grüne Klientelpflegeprogramme am laufenden Band,

(Widerspruch von den GRÜNEN)

also Subventionen für jeden noch so absurden grünen Lebensstil bis zum Abwinken. Sie bezuschussen hier mit dem Geld des Steuerzahlers konsumkritische Stadtrundgänge, Repairshops mit veganer Küche, Wildnis- und Survivaltrainings, Leben und Überleben im Wald auch ohne Zelt und Schlafsack, Seminare zu mystischen Hecken, Schulungen für Wolfsbotschafter, Fischotterspurenfinder und Biberberater, Untersuchungen zum Schwanzbeißen bei Schweinen, den Bau von Trichterkochern aus Wellpappe, Pflanzenmeditation, Fairtrade-Frühstück, Guerilla-Gardening und Gartenzwerge, die grüne Kampagne gegen Rasenmäher unter dem Titel „Jetzt ist aber Sense“. Sie bezuschussen in diesem Land sogar das Mikroskopieren von Fledermauskot und das Seminar „Was geht hier in die Luft?“, bei dem Menschen den Kühen beim Pupsen zuschauen.

Kein Ökothema ist Ihnen gleichgültig. Sie nennen das zukunftsfähige Aufstellung des Standorts Nordrhein-Westfalen, wir halten das für sinnlose Steuergeldverschwendung für durchgrünte Zielgruppen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn Sie in diesen Tagen aus dem Ergebnis der USA-Wahl eines lernen können, dann ist das doch, dass es zu politischen Veränderungen kommt,

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Was haben Sie denn gelernt, von der Wahl?)

wenn man die Mitte der Gesellschaft vernachlässigt

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Ja, ja, ja!)

und eine Politik betreibt, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit ist beendet, Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): ... die von vielen in der Gesellschaft nicht mehr verstanden wird, die nicht mehr als eine Politik des gesunden Menschenverstandes empfunden wird.

Die FDP wird dafür sorgen, dass die neue Landesregierung im Frühjahr 2017 vieles in diesem Land wird korrigieren müssen. Wir werden unseren aktiven Beitrag dazu leisten, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Ralf Witzel (FDP): ... dass Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen im Mai nächsten Jahres ein Thema für die Geschichtsbücher ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Witzel, Herr Dr. Op-tendrenk, meine Herren von der Opposition, Ihre Reden waren insofern erhellend, als noch einmal klar wurde: Sie haben keine einzige Idee, was Sie anders machen würden, wenn Sie die Wahl im Mai tatsächlich gewinnen sollten.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Da haben Sie aber nicht zugehört!)

Gewählt worden zu sein ist kein Geschenk. Das fällt einem auch nicht in den Schoß, Herr Witzel, sondern die Mehrheit der Bevölkerung war für bestimmte Ziele, wollte einen anderen Kurs. Nach mehr als fünf Jahren Opposition können die Menschen erwarten, dass Sie hier klar benennen, wohin Sie möchten.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Nicht gegen die Wand!)

Die Menschen werden Sie fragen, und zwar bezogen auf die eigenen Lebensumstände: Was kann ich erwarten, wenn ich das Kreuzchen bei Ihnen mache?

Was gilt denn nun in der Haushaltspolitik? Gilt da das, was wir hier vor zwei Jahren erlebt haben? Damals hatten Sie in Ihrem Haushaltskonzept niedergelegt, dass Sie mal eben so, wie im Saarland, bei den Stellen 10 % über den Landeshaushalt wegrasieren wollen. Sagen Sie doch einmal, welche Stellen Sie meinen. Sie schließen aus, dass das bei der Schule, bei der Justiz oder bei der Polizei geschehen soll. Dann müssten 8.000 Stellen übrig bleiben. Die gibt es gar nicht. Das ist Ihnen offensichtlich egal. Also sagen Sie doch mal: Wo wollen Sie einsparen? Welche der Maßnahmen, die Sie kritisiert haben, wollen Sie anders machen? Was können die Menschen erwarten, wenn sie das Kreuzchen bei der CDU oder bei der FDP machen?

(Beifall von den GRÜNEN – Carsten Löcker [SPD]: Nichts!)

Sie glauben, dass „sparen, sparen, sparen“ gut ankommt. Ich glaube, dass die Bevölkerung anders empfindet. Die Menschen fragen sich vielmehr: Haben wir gute Schulen? Haben wir eine gesunde Infrastruktur? Haben wir Kultureinrichtungen und Sportplätze? Haben unsere Kinder die Möglichkeit, auch außerhalb der Schule etwas für ihre Entwicklung, für ihre Lebensbildung zu tun?

Darum sagen wir ganz selbstbewusst: Unser Dreiklang heißt nicht „konsolidieren, konsolidieren und sparen“, sondern er lautet: Jedes Kind mitnehmen, unsere Infrastruktur modernisieren und die Kommunen stabilisieren. Deshalb unterstützen wir unsere Kommunen massiv.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mit diesem Haushalt legen wir Mittel in Höhe von rund 25,1 Milliarden €, einschließlich der Bundes- und EU-Mittel, vor. Das ist mehr als ein Drittel der bereinigten Gesamtausgaben des Haushalts, nämlich 34,4 %. Mehr als jeder dritte Euro fließt in die Kommunen und damit in die Erhaltung unserer Schulen, unserer kulturellen und der sonstigen Infrastruktur, die wichtig für unsere Gesellschaft ist. Sie haben gerade die US-Wahl angesprochen haben: Das ist das, was unsere Zukunft ausmacht, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch 2017 steigern wir unsere Ausgaben im gesamten Bildungsbereich. Es ist fast eine Milliarde mehr als im Vorjahr, insgesamt 29 Milliarden €. Damit beträgt der Zuwachs gegenüber 2010 8 Milliarden € oder 38 %. In den Jahren 2010 bis 2017 haben wir insgesamt 200 Milliarden € für diesen zentralen Zukunftsbereich zur Verfügung gestellt.

Herr Witzel, die Abschaffung der Studienbeiträge, so Ihr Euphemismus, also der Studiengebühren ist kein Geschenk, sondern eine spürbare Entlastung. Sie bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern, die zur Universität gehen, mal eben eine Nettoentlastung von 2.000 €.

(Ralf Witzel [FDP]: Was ist denn mit der PTA-Schülerin?)

In der Dimension haben Sie während der schwarzgelben Regierungszeit im Bund keine Steuererleichterungen geschaffen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Hören Sie auf, so zu tun, als sei das Klientelpolitik. Das hat Leute von der Universität ferngehalten und Familien belastet. Es ist gut, dass die Zeit vorbei ist.

Bekennen Sie doch einmal Farbe: Wird es mit Ihnen eine Wiedereinführung der Studiengebühren geben, ja oder nein? Das wäre für die Leute interessant zu wissen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mal zuhören!)

Gleiches gilt für die Ausgaben in den Bereichen U3 und KiBiz. In den Haushalt sind 2,8 Milliarden € eingestellt. Das sind 1,5 Milliarden € mehr als unter Familienminister Armin Laschet. Die Zuwachsrate beim KiBiz beträgt rund 125 %. Wir haben hier in den letzten Jahren insgesamt 15 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Im Zeitraum 2005 bis 2010 waren es nur 5,25 Milliarden €, also ein Drittel.

Wir investieren in eine umfassende Präventionsinfrastruktur vom U3-Ausbau bis zur Reform des Übergangs von der Schule in den Beruf.

Die Zahl der U3-Plätze haben wir fast verdoppelt sowie das Betreuungsverhältnis in den Kitas deutlich verbessert.

(Marcel Hafke [FDP]: Bundesweit Schlusslicht!)

– Für das Kitajahr 2017/2018 stehen 182.000 U3-Plätze zur Verfügung, im Vergleich zu 2010 – wenn Sie hier „Schlusslicht“ rufen – knapp 100.000 neue U3-Plätze. Herr Kollege Hafke, es gibt kein anderes Bundesland, das bei U3 so einen Zuwachs hatte. Hören Sie auf mit Ihren „Schlusslicht“-Debatten! Wir haben hier gegenüber 2010 aufgeholt; ich habe die Zahlen gerade genannt. Wir haben das Dreifache investiert und sind bei der Aufholjagd bei der Schaffung von U3-Plätzen an der Spitze und nicht Schlusslicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Aber nur, wenn man die Tabelle umdreht!)

Im Haushaltsplanentwurf 2017

(Weitere Zurufe)

– ja, das ist dieses „Feeling over Facts“; dazu sage ich gleich noch etwas – sind auch, wie in allen vorangegangenen Haushalten, Einsparungen vorgesehen. Die globalen Minderausgaben betragen rund 1 Milliarde € und werden im Haushaltsvollzug von den Ressorts erwirtschaftet.

Darüber hinaus haben wir in der Vergangenheit Einsparungen fortgeführt. Insbesondere wirken die aus der Besoldungsrunde mit dem Haushalt 2013 vorgenommenen Kürzungen bei den Förderprogrammen fort. Damit haben wir insgesamt 145 Millionen € eingespart. Wenn ich von Ihnen höre, das sei zu wenig, will ich nur daran erinnern:

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie waren dagegen!)

Sie waren gegen jede einzelne Einsparung. Sie waren immer auf der Seite derer, die gesagt haben: Das geht nicht, was ihr da macht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen zu den Pro-Kopf-Zahlen, wenn hier schon die Ministerialbürokratie und andere herangezogen werden: Mit 3.641 € haben wir – Stichwort „Effizienz“ – die zweitniedrigsten Ausgaben pro Kopf im Kernhaushalt aller Bundesländer.

Wir geben pro Einwohner 11 % weniger aus als der Durchschnitt der anderen Länder. Mit 22,1 Stellen im Jahr 2015 haben wir die zweitwenigsten Stellen pro 1.000 Einwohner nach dem Land Brandenburg.

Weil das so ist, stürzen Sie sich ja dann auf Ihr Lieblingsthema, die Ministerialbürokratie. Ich will Ihnen wirklich sagen, dass ich dieses Wort nicht in Ordnung finde. Bürokratie heißt ja nichts anderes, als dass die Herrschaft nicht mehr beim Volke liegt, sondern dass in irgendwelchen Hinterzimmern Menschen Entscheidungen treffen.

Wenn Sie dann auch noch Schützenhilfe von der „Rheinischen Post“ bekommen, Herr Kollege Optendrenk, sich hier aber immer anders gerieren, indem Sie sagen: „Ja, die Finanzverwaltung arbeitet gut, und wir bedanken uns doch einmal bei denjenigen“, dann finde ich es besonders schäbig, wenn Sie den Eindruck erwecken, diese Stellen würden der Bevölkerung nichts nützen.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Kollege Witzel: Es sind nicht 1.500 Stellen – es sind 567 Stellen; das haben Sie aufgeschlüsselt bekommen. Der Großteil der Stellen sind Umschichtungen bzw. Umlagerungen, die sich aus Zuweisungen, aus Erledigungen ergeben, zum Beispiel des Kapitels „Soziale Aufgaben“ durch kommunale Stellen nach Auflösung der Versorgungsämter und durch Auflösung des Kapitels „Verbesserung der Umweltüberwachung“. Das heißt, der tatsächliche Aufwuchs beträgt nicht 1.500, sondern 567 Stellen. Da wollen wir doch einmal schauen, wie sich das aufgeschlüsselt.

Es gibt 86 Stellenzugänge aufgrund erhöhter Flüchtlingszahlen. Ich kann den ganzen Plenarsaal mit Ihren Kleinen Anfragen zukleistern, wo Sie an jeder Stelle, an der es hakt, nachfragen und Forderungen stellen.

Ebenso haben wir 128 Stellenzugänge zur Umsetzung der Pläne zur Verbesserung der inneren Sicherheit. Es reicht eben nicht, wenn wir nur mehr Polizisten einstellen, sondern wir brauchen für zusätzliche Aufgaben auch zusätzliche Stellen. Es wäre doch einmal interessant zu wissen, meine Damen und Herren von der Opposition: Welche dieser Stellen im Bereich innere Sicherheit – das ist der größte Batzen – stellen Sie denn zur Disposition? Das ist doch irre!

Bei dem Thema „innere Sicherheit“ sind Sie offensichtlich sehr verzweifelt ob der Zahlen und des Ländervergleichs. Ich will Ihnen die Zahlen noch einmal nennen.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Zahlen von der Kölner Silvesternacht oder welche?)

– Ja, Herr Witzel, genau das ist es. Sie haben eben auch auf den US-Wahlkampf Bezug genommen. Sie versuchen hier die Masche „Feeling over Facts“. Sie versuchen mit Ihren Kleinen Anfragen immer, Gefühle hervorzurufen. Sie versuchen, Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Fakt ist, dass im Zeitraum von 2011 bis 2014 – ich nehme einmal bewusst diesen Zeitraum – die Polizeistellen in NRW am drittstärksten in der gesamten Bundesrepublik gewachsen sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Andere Länder, unter schwarz-gelber Regierung beispielsweise, haben in diesem Zeitraum sogar Stellen abgebaut, genau wie der Bund Stellen abgebaut hat. Weil Sie das wissen und weil Sie gegen diese Zahlen nicht ankommen, versuchen Sie die Masche „Feeling over Facts“.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stamp zulassen?

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Ja, sehr gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Kollege Abel, vielen Dank, dass ich die Frage stellen darf. Ich möchte gerne zum parlamentarischen Gebrauch bei Ihnen nach Ihrem Selbstverständnis fragen. Sind Kleine Anfragen nicht gerade dazu da, Fakten abzufragen?

(Zurufe: Ooh! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Kollege, ich glaube nicht, dass Sie aus meiner Äußerung schließen können, dass ich etwas gegen Kleine Anfragen habe. Aber wenn Sie sich einmal die Überschriften und die Begleittexte Kleiner Anfragen insbesondere Ihrer Fraktionskollegen anschauen, in denen einfach Behauptungen aufgestellt werden, die dann teilweise in der Antwort der Landesregierung widerlegt werden müssen, dann muss man sich schon fragen, ob es wirklich nur dazu dient, Fakten zu erfragen, was das Recht eines jeden Parlamentariers ist, oder ob es dazu dient, Stimmung zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Lindner [FDP]: Die parlamentarische Arbeit hier zensieren! – Fortgesetzt Zurufe)

Sie sind sich insbesondere im Innenbereich für nichts zu schäbig. Sie fordern Taser für die Polizei, eine flächendeckende Videoüberwachung, martialischere Uniformen von Einsatzkommandos und Panzerungen für Polizeiautos.

Zwei dieser Dinge stimmen nicht. Sie haben gerade eben gesagt, offensichtlich wissen Sie es selber nicht. Ja – weil man Ihnen in diesem Bereich alles zutraut, weil Sie sich nicht zu schade sind, uns hier mit populistischen Forderungen zu überziehen. Und so überziehen Sie auch an anderer Stelle. Sie überziehen einfach maßlos, weil Sie glauben, kurzfristig Geländegewinn damit machen zu können. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Das schadet am Ende uns allen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Alles nur Behauptungen!)

Kommen wir zu den Stellen in der Umweltverwaltung. Sie verweigern sich. Sie erkennen nicht an, dass das eine Aufgabe ist, die wir erfüllen müssen, dass es übergeordnete Rechtskreise gibt, dass EU-Recht und Bundesrecht umgesetzt werden muss, was die Schaffung neuer Stellen nach sich zieht.

Sie vergessen auch, dass es 2009, am Ende Ihrer Regierungszeit, Bettelbriefe des ehemaligen Regierungspräsidenten Diegel, der zu Ihren Reihen gehört, an den damaligen Umweltminister Uhlenberg gegeben hat, worin er sich beklagt, dass einige Hoheitsaufgaben in diesem Lande nicht mehr erfüllt werden können, weil zu wenig Stellen vorhanden sind.

Wie sonst verstehen Sie eigentlich die Aufgabe der Landesregierung, die ihre Verpflichtungen ernst nehmen muss, wenn sie Dokumente vorfindet, in denen schon die Vorgängerregierung auf das Problem hinweist und Leute in Ihren eigenen Reihen davor gewarnt haben, dass es viel zu wenig Stellen gibt? Das ist doch Augenwischerei. Dann sagen Sie doch, welche der Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung, zum

Schutz unserer Natur Sie einsparen wollen. Sagen Sie es doch mal, meine Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann kommen Sie immer mit Beispielen wie der Hygiene-Ampel, und Sie erzählen irgendwas von grünem Kontrollwahn oder Bürokratiewahn. Ich nenne Ihnen jetzt mal ein Beispiel, mein Damen und Herren von der CDU, das sich auf etwas bezieht, was auf Bundesebene kommt, nämlich das Prostitutionschutzgesetz.

Der Bund selbst veranschlagt inzwischen einmalig administrative Kosten in Höhe von 11 Millionen € und eine jährliche Dauerbelastung in Höhe von 13,4 Millionen €. Schauen Sie einmal in die Gesetzesbegründung. Da steht, das habe keine Auswirkungen auf den Bundeshaushalt, weil das Kosten sind, die die Länder tragen müssen. Wir bekommen hier im schlimmsten Fall eine gesetzliche Regelung, die den Menschen überhaupt nicht helfen wird. Sämtliche Interessensverbände, alle Schutzgruppen, die es da gibt – von der Diakonie bis hin zu anderen Vertretern, die in diesem Bereich tätig sind –, sagen: Dieses Gesetz wird die Lage der Menschen verschlimmern; die Situation wird nicht besser.

Schauen Sie sich doch einmal an, wo es überall im Hinblick auf 2017 Nachtragshaushalte gibt, wo Kommunen, die sich jede Stelle abknapsen müssen, jetzt gezwungen sind, zusätzliche Stellen bei den Ordnungsbehörden zu schaffen. Das ist ein völlig bürokratisches und nutzloses Gesetz, das uns zudem noch belastet.

Fangen Sie doch mit dem Bürokratieabbau an, indem Sie, meine Damen und Herren von der CDU, Ihrer Bundestagesfraktion und Ihrem Finanzminister sagen: Hört auf, Gesetze zu machen, die am Ende die Länder belasten und bei denen es keine Gegenleistungen gibt! Das würde uns helfen, meine Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ein letzter Satz zur Lebensmittelampel. Ich verweise nur auf den Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz vom 19. Mai 2011: Dieser Beschluss ist mit 17:0 ergangen; der Bund hat bei der Beschlussfassung mitgewirkt. Dieser Umweltminister ist der einzige Umweltminister, der genug Hintern in der Hose hat, das umzusetzen, was auch Ihre Minister von der CDU gefordert haben, was sich aber niemand sonst umzusetzen traut. Die Mehrheit der Bevölkerung findet das gut; ich kenne nämlich keinen, der gegen Sicherheit und Transparenz bei Lebensmittelkontrollen ist.

Die Fraktionen haben Änderungsanträge eingereicht. Wir werden heute in den Fachhaushalten darüber reden, und dann bin ich mal gespannt, ob Sie das Kunststück fertigbringen, sich noch mal hier hinzustellen und nur zu kritisieren, was schlecht läuft. Ich

bin wirklich gespannt, ob Sie tatsächlich auch eigene Anträge einbringen oder ob Sie uns erst wieder zur dritten Lesung ein Telefonbuch vorlegen und dann behaupten: Das ist unser Haushaltskonzept. – Das wird nicht reichen, um die Menschen zu überzeugen.

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, die sich in unserem Haushalt wiederfinden. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes, wir konsolidieren, und wir verweigern uns nicht den notwendigen Herausforderungen, die vor uns liegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Kern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Die Piratenfraktion lehnt den Haushalt 2017, wie er von der Landesregierung vorgelegt wird, ab.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Überraschend!)

Wie schon in den Jahren zuvor ist die Haushaltspolitik in unserem Land durch eine fehlende Zukunftsorientierung geprägt. Verwalten statt gestalten, Stillstand statt Fortschritt und Hinterherhecheln statt Vorsorge – das sind die Markenzeichen der Regierung Kraft/Löhrmann.

In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen und historisch niedriger Zinsen versäumt es die Landesregierung, unser Land für die durchdigitalisierte Zukunft fit zu machen. Anstatt flächendeckend Glasfaseranschlüsse voranzutreiben, dem Investitionsstau bei Brücken und Straßen entgegenzuwirken und eine zukunftsorientierte Bildungspolitik zu machen, verwaltet diese Landesregierung nur den Notstand der Gegenwart.

„Investition/investieren“ kommt vom lateinischen „investire“ und bedeutet ursprünglich „einkleiden“. Man könnte also bildlich davon sprechen, dass man mit einer Investition der Zukunft ein Gewand und damit eine Gestalt geben will, also gestalten möchte. Der Finanzminister kommt mir aber eher wie ein Flitzer im Stadion vor, der sich nackt am besten gefällt, während sich das Publikum entsetzt abwendet und darauf hofft, dass ihn die Ordner schnell einfangen und vom Platz begleiten.

(Beifall von den PIRATEN und Serap Güler [CDU])

Den Finanzminister möchte eigentlich niemand flitzen sehen, nicht mal beim FC.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Schönes Bild!)

Der absolut zukunftsentscheidende Glasfaserausbau in NRW wurde von Ihnen komplett verschlafen und kommt jetzt nur mit der Geschwindigkeit eines 14k-Modems voran. Ein wesentlicher Grund dafür, nämlich die selbst gewählte fiskalische Fesselung der Haushaltspolitik in Form der Schuldenbremse, schnürt unserem Land die Luft ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Auf Landesebene macht die Schuldenbremse so gar keinen Sinn, also noch weniger als im Bund. NRW hat praktisch keinerlei Kompetenzen, um seine Einnahmeseite selbstständig zu verbessern. Außer der Grunderwerbsteuer, deren Aufkommen im Verhältnis zum Landeshaushalt jedoch vernachlässigbar ist, hat NRW keinerlei steuerliche Gestaltungskompetenzen, im Gegensatz zum Bundeshaushalt, wo ein Haushaltsdefizit auch über die Verbesserung der Einnahmeseite durch Steuererhöhungen kompensiert werden könnte.

Eine Schuldenbremse auf Landesebene ist daher eine reine Ausgabenbremse und damit eine Aufgabenbremse, vor allem dann, wenn Konzerne durch ihre aggressiven Steuervermeidungsstrategien die Einnahmeseite der Haushalte systematisch schwächen.

(Beifall von den PIRATEN)

So sind dem deutschen Fiskus alleine durch sogenannte Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte bis zum Jahr 2012 schätzungsweise mindestens 12 Milliarden € an Steuereinnahmen entgangen. Banken und Finanzdienstleister haben im Rahmen dieser zwielichtigen Geschäfte um den Dividendenstichtag herum Aktienpakete hin und her geschoben; dann ließen sie sich die nur einmal abgeführte Kapitalertragsteuer mehrfach vom Finanzamt erstatten.

Wohlgemerkt – die Behörden und die Politik wussten schon seit 2002 über diese Steuerschlupflöcher Bescheid. Dennoch brauchte der Gesetzgeber bis 2012, um diese Lücken im Steuerrecht auch nur ansatzweise zu schließen. In dieser Zeit saß ein von der Finanzindustrie bezahlter Maulwurf im Bundesfinanzministerium und wachte darüber, dass die Banken durch Dividendenstripping den Staat und seine Bürger über mehr als ein Jahrzehnt abzocken konnten.

Hier in NRW gab es unlängst, am 3. November 2016, bei der landeseigenen Portigon/Ex-WestLB eine Steuerrazzia in Zusammenhang mit Cum-Ex-Geschäften aus der Zeit der WestLB. Auch die Staatsbank WestLB zockte den Staat durch Dividendenstripping ab, und die Politiker in den Aufsichtsgremien taten nichts dagegen. – Unglaublich!

(Beifall von den PIRATEN)

Nach eigenen Angaben des Finanzministers sind dem Haushalt von NRW alleine durch die Cum-Cum-Geschäfte schätzungsweise 1 Milliarde € entgangen. Vor dem Hintergrund dieser milliardenschweren Einnahmeausfälle, die nur durch Ausgabenkürzungen im Haushalt mit schwerwiegenden Folgen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft kompensiert werden, ist die Einführung und Einhaltung der Schuldenbremse moralisch nicht zu rechtfertigen.

(Beifall von den PIRATEN)

Solange Großkonzerne wie Apple, Google und Amazon durch die Ausnutzung von Steuerschlupflöchern Steuersätze im Promillebereich zahlen, ist eine Schuldenbremse mit dem fatalen Kürzungsautomatismus für den Landeshaushalt abzulehnen.

Als Argument für die Schuldenbremse wird häufig die Generationengerechtigkeit angeführt. Generationengerechtigkeit wird aber nicht in erster Linie durch staatliche Verschuldung beeinträchtigt, sondern vor allem durch die Unterlassung von wichtigen Zukunftsinvestitionen und Bildungsausgaben. Die Einführung der Schuldenbremse ist nichts anderes als die fiskalpolitische Unterlassung gegenüber der jungen Generation.

(Beifall von den PIRATEN)

Der Haushalt 2017 dieser Landesregierung macht das exemplarisch deutlich; denn er wird auf Kosten elementar wichtiger Zukunftsinvestitionen konsolidiert. Zurzeit beträgt die Investitionsquote nur knapp 9 %. 2020, im Jahr der Einführung der Schuldenbremse, wird sie voraussichtlich auf 8,3 % absinken. Damit wirkt die Schuldenbremse wie eine Investitions- und Innovationbremse, und damit wird die Schuldenbremse für unsere Gesellschaft zur Zukunftsbremse.

(Beifall von den PIRATEN)

Das zeigt sich exemplarisch auch bei den Bildungsausgaben: Kleinere Klassen? – Fehlen! Eine vernünftige Ausstattung der Schulen? – Fehlt! Eine gut finanzierte Inklusion? – Fehlt! Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit für tarifangestellte Lehrer? – Fehlt! Die Schulministerin? – Fehlt!

(Heike Gebhard [SPD]: Hier steht sie doch! Hier bei den Grünen! – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Dann hat sie ja alles mitbekommen!)

Von einem modernen G9, das wir Piraten schon lange fordern, will ich gar nicht erst reden.

(Fortgesetzt Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Beruhigen Sie sich wieder!

Überall im Haushalt, wohin man auch schaut: Fehlanzeigen und Versäumnisse! Frau Kraft, Frau Löhrmann, bei so vielen Fehlzeiten im Klassenbuch wäre

bei jedem Schüler, bei jeder Schülerin die Versetzung gefährdet.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Frau Löhrmann ist doch hier!)

Auch bei den Hochschulen sieht es schlecht aus.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Eine Entschuldigung ist fällig! – Weitere Zurufe)

– Dann melden Sie sich doch!

Die Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW verwies in der Anhörung zum Haushalt auf den zu niedrigen Anteil der Grundfinanzierung im Hochschulbereich. NRW belegt bei den Ausgaben pro Studierenden im Bundesländervergleich nach wie vor den vorletzten Platz, nur Brandenburg gibt weniger Geld pro Studierenden aus.

Teil einer zukunftsorientierten Haushaltspolitik ist es auch, sicherzustellen, dass wir in Zukunft noch eine funktionsfähige und leistungsfähige Landesverwaltung haben. Schon sehr bald wird es in allen Bereichen der Landesverwaltung zu ganz erheblichen altersbedingten Personalabgängen kommen. Der demografische Wandel schlägt dann voll durch. Dem gilt es jetzt mit wettbewerbsfähigen Konditionen im Personalbereich entgegenzusteuern, um neue, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen. Schon heute gibt es massive Probleme, die offenen Stellen in der Landesverwaltung – zum Beispiel bei Ingenieuren oder IT-Spezialisten – mit den derzeitigen tariflichen Entlohnungsstrukturen zu besetzen. Ohne Ingenieure wird der Sanierungsrückstau in unserem Land aber kaum zu bewältigen sein. Hier muss die Landesregierung deutlich nachbessern.

Gleichzeitig geraten laut einer aktuellen Studie von Ernst & Young die Städte immer stärker in die Schuldenspirale. Für das Jahr 2015 verzeichneten 19 der 29 Großstädte in NRW einen Anstieg der Verschuldung. Die Gesamtverschuldung der NRW-Großstädte stieg auf über 41 Milliarden €. Von den 20 deutschen Großstädten mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung liegen 13 in NRW. Oberhausen wies Ende 2015 mit 9.725 € die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller deutschen Großstädte auf. Mülheim an der Ruhr liegt mit 8.527 € auf Platz drei.

Weite Teile des Ruhrgebiets sehen aus wie Rumänien – Gruß an Oliver Welke. Tragisch für das Ruhrgebiet ist, dass es dort so aussieht wie im Sozialismus, obwohl dort gar keiner ist.

(Beifall von den PIRATEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Aber wir haben es geschafft: Wir sind besser als die Schlechtesten!)

Das Ruhrgebiet ist die Armutsregion Nummer eins in Deutschland. Jedes vierte Kind dort lebt in Armut. In Gelsenkirchen wächst jedes dritte Kind mit Hartz IV auf und wächst höchstwahrscheinlich später auch

hinein. In Duisburg muss aufgrund der kompletten Überschuldung in den nächsten Jahren jede achte Stelle eingespart werden. In der Folge wird es dort bald weniger Erzieherinnen und noch weniger Personal an Krankenhäusern geben.

Die Landesregierung schaut dieser Entwicklung tatenlos zu und wälzt immer noch weitere Aufgaben auf die kommunale Ebene ab, ohne diese ausreichend zu finanzieren. Ich denke da an die steigenden Integrationskosten auf kommunaler Ebene, wo die Hauptarbeit der Integration stattfindet. Es gibt Mehraufwendungen für den Ausbau der Kinderbetreuung, für Schulpsychologen, Dolmetscher, Sozialpädagogen und Sprachförderprogramme oder für den Wohnungsbau. Hier muss jede Menge zusätzliches Personal eingestellt werden, damit die Integration erfolgreich gestaltet werden kann. All diese Kosten belasten die kommunalen Haushalte massiv.

Und dann kommt die Ministerpräsidentin und erklärt, die auf NRW entfallende Integrationspauschale in Höhe von 434 Millionen € komplett für den Landeshaushalt vereinnahmen und nicht einen Cent an die Kommunen weiterleiten zu wollen. Andere Bundesländer reichen die Integrationspauschale dagegen komplett oder zu großen Teilen an die Kommunen weiter.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wer?)

– Ich komme noch darauf zurück.

Während NRW dieses Jahr seinen Kommunen 14.000 € pro Flüchtling zur Verfügung stellt, geben andere Länder ihren Kommunen pro Flüchtling deutlich mehr Geld. In Baden-Württemberg zum Beispiel sind es 25.000 €.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abel zulassen, der auf dem Platz von Herrn Rüsse sitzt?

Nicolaus Kern (PIRATEN): Bitte schön.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Die Kollegen sind unruhig, weil es in den Lautsprechern sehr knarzt. Ich bin aber sicher, dass die Verwaltung schon an der Lautsprechertechnik arbeitet.

Meine Frage bezieht sich auf die Weiterleitungsquote der Mittel an die Kommunen. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass im Haushalt 2016 eine Weiterleitungsquote der Kommunen von Nordrhein-Westfalen in Höhe von 159,5 % ...

(Michele Marsching [PIRATEN]: Sebastian, man versteht dich nicht!)

– Man versteht mich nicht? – Das ist aber ungünstig. Inhaltlich oder wegen der Lautstärke?

(Zuruf: Das kann man noch nicht sagen!)

– Das kann man noch nicht sagen. Okay. – Dann versuche ich es noch einmal: Herr Kollege Kern, die Mittelweiterleitungsquote an die Kommunen für das Jahr 2016 beträgt 159,5 %. Nach dem Haushalt, über den wir heute diskutieren, wird sie auf 272,6 % ansteigen. Würden Sie mir bitte erklären – weil ich es wirklich nicht verstehe –, wie Sie zu dem Schluss kommen, wir würden nicht alle Mittel an die Kommunen weiterleiten?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Herr Kollege, bitte schön.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Danke, Herr Kollege Abel, für die Zwischenfrage, auch wenn es mir schwerfiel, sie akustisch vernünftig zu verstehen. Da scheint ein technisches Problem zu bestehen.

Die von mir vorgetragenen Zahlen stammen ja nicht von mir.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Jetzt hören Sie mir doch zumindest zu.

Ich möchte auch gar nicht in Abrede stellen, was Sie vortragen. Das ändert aber nichts an dem, was der Vertreter der Spitzenverbände der Kommunen – Sie waren doch bei der Sachverständigenanhörung auch dabei – ausgeführt hat: Die Kommunen fühlen sich massiv überfordert.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

In diesem Zusammenhang ist es durchaus angebracht, auf ein Bundesland wie Baden-Württemberg zu verweisen, wo wesentlich mehr Mittel an die kommunale Ebene weitergereicht werden. Daran kommen auch Sie nicht vorbei.

(Beifall von den PIRATEN)

Hinzu kommt noch, dass sich Bund und Länder im Rahmen der Einigung über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vom 14. Oktober 2016 darauf verständigt haben, beim Unterhaltsvorschuss ab dem 1. Januar 2017 die Altersgrenze von 12 auf 18 Jahre anzuheben und die Bezugsdauergrenze aufzuheben.

Das ist vom Grundsatz her

(Michele Marsching [PIRATEN]: Großartig!)

eine richtige Entscheidung.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Richtig!)

Diese Änderungen haben aber massive Auswirkungen auf die Haushaltslage der nordrhein-westfälischen Kommunen. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände rechnet mit Mehrbelastungen der kommunalen Haushalte in dreistelliger

Millionenhöhe. Die finanziellen Auswirkungen dieser Neuregelung seien – Zitat – ein Sprengsatz für die kommunalen Haushalte. Das ist ein Zitat aus der erwähnten Anhörung, an der wir teilgenommen haben.

Während sich Schäuble im Bund für die schwarze Null abfeiern lässt und in NRW die Landesregierung auf das Einhalten der Schuldenbremse hinarbeitet, geraten immer mehr Kommunen in Haushaltsnotlage. Aber was nützt den Menschen auf der Straße die schwarze Null im Landeshaushalt, wenn das eigene Konto fett im Minus steht?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Oder wenn die Straße kaputt ist! Oder wenn die Schule verfällt!)

Die Menschen verspüren in dieser Zeit eine große Unsicherheit. Sie erleben, dass staatliche Sicherungen entfallen sind oder ausgedünnt werden. Und dafür steht die SPD: die Rente „zerriestert“, die Arbeitslosenversicherung „zerhartzert“, die Krankenversicherungen „zerschmidtert“. Und jetzt soll auch noch die Infrastruktur Stück für Stück „verschäuble“ werden. Das verkraftet unser Land nicht. Handeln Sie! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Nun hat der fraktionslose Kollege Schulz das Wort.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Präsident. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorhin war die Rede davon, dies sei eine Bilanz. Ich sage: Dieser Haushaltsentwurf 2017, über den wir heute in zweiter Lesung mit einer einzigen Ergänzungsvorlage beraten, bildet, wie schon die vorangegangenen Haushalte dieser Legislaturperiode, die Grundlage für das Zeugnis, welches dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalition auszustellen ist.

Das Ergebnis lautet: „ungenügend“. Aus Rücksicht auf die Menschen in unserem Lande könnte man vielleicht noch sagen: Es gibt insofern eine Tendenz zu „mangelhaft“, als in den vergangenen fünf Jahren teilweise ein Stellenaufwuchs zu verzeichnen gewesen ist, insbesondere bei der Polizei, aber auch bei den Lehrerinnen und Lehrern.

Es reicht aber nicht, diese Stellen einfach auszuweisen, es bedarf auch der Menschen, die diese Stellen besetzen, und in dieser Hinsicht gibt es erhebliche Defizite. Dennoch darf man auch mal etwas Positives erwähnen. Das war es dann aber auch schon. Ansonsten kann man nur sagen: Versetzung gefährdet. Ich hoffe, eine solche findet nicht statt, jedenfalls nicht, was diese Landesregierung angeht.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Was die Kollegen der Opposition hier bisher ausgeführt haben, unterstreiche ich nahezu vollständig und danke dem Kollegen Kern, dass er noch einmal den Punkt „Integration“ und die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen für diesen Bereich aufgegriffen hat.

Bedauerlicherweise haben Sie von den regierungstragenden Fraktionen den von der CDU eingebrachten Haushaltsänderungsantrag, nämlich die Weiterleitung von 434 Millionen € an die Kommunen in 2016, abgelehnt. Das muss man einmal ganz klar sagen.

Frau Ministerpräsidentin – derzeit vertreten durch Frau Löhrmann – hat stets betont, die sogenannte Integrationspauschale des Bundes sei für die Länder gedacht. Sie – die Ministerpräsidentin – ergeht sich in Lippenbekenntnissen und behauptet, sie verhalte sich solidarisch mit den Kommunen.

Das lässt sich jedoch nicht erkennen. Sie müssten den Menschen im Land – insbesondere den Bürgermeistern, die über die Kosten der Integration von Flüchtlingen stöhnen – einmal erklären, worin die Solidarität von Rot-Grün an dieser Stelle besteht. Bürgermeister mit SPD-Zugehörigkeit, unter anderem Pit Clausen und Oberbürgermeister Frank Baranowski aus Gelsenkirchen, sagen unisono: Sie lassen die Kommunen im Regen stehen.

Finanzminister Norbert Walter-Borjans sitzt weiterhin im Schuldenraumschiff des Landes Nordrhein-Westfalen, und es ist keine wesentliche Änderung in Sicht. Das alles geschieht vor dem Hintergrund des Umstands, dass die Inklusion – zumindest nach dem Stand heute – als gescheitert angesehen werden muss und dass Zukunftsinvestitionen samt und sonders fehlen.

Wie hat der Kollege Kern es ausgedrückt? – Sie machen das Land Nordrhein-Westfalen keineswegs fit für die Zukunft. Davon ist das Land Nordrhein-Westfalen bedauerlicherweise heute weiter entfernt als noch vor fünf Jahren. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, sich so viele verschiedene Vorwürfe anzuhören, die sich am Ende vollkommen widersprechen.

Was ist denn jetzt, Herr Schulz und Herr Kern? Ist die Schuldenbremse falsch, oder ist die Schuldenbremse richtig? Wird das Land kaputtgespart, oder sitzen wir im Schuldenraumschiff?

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Habe ich da einen Zweifel dran gelassen? War das eine ernst gemeinte Frage?)

Ich will Ihnen einmal sagen, wie die Tatsachen aussehen. Nie hat es in diesem Land einen so stetigen Abbau der Kreditaufnahme gegeben wie in den sieben Jahren seit 2010. Das ist der erste Punkt.

(Beifall von der SPD – Lachen bei Ralf Witzel [FDP])

Außerdem ist der Abbau nicht von einer riesigen Höhe auf eine immer noch große Höhe gefallen. Es war vielmehr so: Als ich im Jahr 2010 Finanzminister wurde, mussten 9,4 Cent von jedem Euro, den das Land ausgab, bei der Bank oder sonst wo geliehen werden. Im Haushalt 2017 sind es noch 2,5 Cent pro ausgegebenem Euro. Auch dieses Niveau ist nie niedriger gewesen.

Um das einmal an den Anfang zu stellen: Das Land – dabei bleibe ich – hat nicht nur darauf zu achten, dass der Haushalt ausgeglichen ist – das ist ein wichtiges Ziel –, sondern es hat auch noch seine Aufgaben zu erledigen. Deswegen kann ich nur zitieren, was heute über Johannes Rau in der „WAZ“ steht, Herr Optendrenk. Da steht nämlich, dass Johannes Rau mal gesagt hat: Traue nie einem Zitat, das du nicht selber aus dem Zusammenhang gerissen hast.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Das trifft auf das Zitat zu, das Sie gebracht haben. Es ist von Ihnen richtig zitiert. Aber die „Rheinische Post“ hat am 7. März falsch zitiert. Lesen Sie mal die „WAZ“ vom 6. März. Da steht nämlich drin, was ich genau gesagt habe. Da steht drin: Eine schwarze Null erreiche ich auch, wenn ich den Staat abschaffe. – Das sage ich an vielen Stellen. Wenn ich keine Ausgaben und keine Einnahmen habe, habe ich auch einen ausgeglichenen Haushalt. Dann sage ich dazu: In dieser Gesellschaft möchte ich nicht leben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bedanke mich dafür, dass Sie mich darauf hingewiesen haben, wie das in der „Rheinischen Post“ zusammengefasst worden ist. Ich kann nur sagen: Daraus den Satz zu machen, wer die schwarze Null will, schafft den Staat ab, ist Unsinn. Es gibt genügend Zitate und genügend Quellen, aus denen Sie diese Darstellung, die ich gerade gegeben habe, nachvollziehen können.

Dieser 30.11. hätte so ein schöner Tag sein können, ist heute gesagt worden. Das ist er ganz offenbar nicht. Das war, ehrlich gesagt, was mich angeht, auch nicht zu erwarten. Denn, Herr Witzel, dass Sie

nicht nur regelmäßig fast wortgleiche Kleine Anfragen stellen und damit versuchen, eine Administration lahmzulegen, das ist ja das eine.

(Heiterkeit von Ralf Witzel [FDP])

Das andere ist, dass hier – auch Herr Optendrenk hat das gezeigt – regelmäßig die Tage der Haushaltslesungen zu den Tagen der ausgeleierte Gebetsmühlen gemacht werden, mit immer gleichen, abgedroschenen Worthülsen, die – das ist nun einmal Ihr Problem – mit Wiederholung nicht richtiger werden. Das ist die immer gleiche Miesmacherei dieses Landes Nordrhein-Westfalen und seines Strukturwandels.

Herr Laschet – ich glaube, dass ich ihn richtig zitiere, wenn ich die „Westdeutsche Zeitung“ von der vorherigen Woche zitiere – hat gesagt: Schönrederei hilft den Populisten. – Da sage ich Ihnen mal ganz klar: Diese ewige Miesmacherei ist Populismus.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer durchblicken lässt, der Strukturwandel sei in Nordrhein-Westfalen nicht vorangekommen, wer manchmal sogar die Bilder benutzt, das sei der Rust Belt von Deutschland oder Europa, der ist im Rust Belt wohl nie gewesen, sondern der macht hier mit bei der postfaktischen Beschimpfung dieses Landes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und das richtet sich nicht gegen die Landesregierung. Das richtet sich gegen die Menschen, die in diesen Regionen wohnen. Diese Menschen wissen, dass sie nicht mit einer Gesundheitsversorgung leben wie sie in anderen altindustrialisierten Regionen dieser Welt vorzufinden ist.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Die wissen, dass wir eine andere soziale Sicherung haben. Die wissen, dass wir unter anderen Bedingungen wohnen und leben können.

Es gibt eine Menge, was besser werden muss. Das ist überhaupt keine Frage; dafür setzen wir uns auch ein. Aber das gleichzusetzen mit neoliberal regierten Regionen, in denen jeder sich selber überlassen wird, und das dann als eine Folge von sozialdemokratischer Politik und grüner Politik darzustellen, das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dafür ziehen Sie dann Belege an den Haaren herbei. Dann wird gesagt, ich würde regelmäßig die Steuern hochschreiben. Das Interessante ist nur: Sie haben doch jedes Jahr erzählt, der hat ja viel zu hohe Steuereinnahmen in seinen Haushalten. Das können Sie auch in Zitaten nachlesen. Dann werden Sie feststellen: Am Ende sind diese Steuereinnahmen eingetreten. Aber die sind nicht eingetreten, weil die Steuern erhöht worden sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Auch!)

– Nein. Der ganz entscheidende Teil des Steuerzuwachses ist nicht eingetreten durch höhere Steuersätze. Der ist eingetreten durch höhere Gewinne, durch höhere Beschäftigung, weil Menschen mehr verdienen und weil die Unternehmen mehr verdienen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie verträgt sich das mit der Darstellung eines Landes, in dem es wirtschaftlich überhaupt nichts mehr zu verdienen gibt? Das kann doch gar nicht sein.

Dann kommt der nächste Punkt: 20 Milliarden € mehr eingenommen bzw. weniger ausgegeben als noch 2010. Dabei wird nicht erzählt – im Gegenteil, es wird sogar das Gegenteil behauptet –, die Hälfte dieser 20 Milliarden €, die wir heute mehr einnehmen oder weniger ausgeben durch Zinsen und Steuern, 10,3 Milliarden €, gehen an die Kommunen dieses Landes, und das nach einer Regierung, die vorher regiert hat, die alles das, was ganz regelmäßig an die Kommunen weitergegeben wird, weitestgehend gekürzt hat.

(Zurufe von der FDP)

Wir können uns das ja mal angucken. Sie regen sich ja immer auf, Herr Witzel, über die Grunderwerbsteuer. Sie haben in der Zeit eine Änderung vorgenommen, die Sie heute nicht mehr erwähnen. Sie haben die Grunderwerbsteuer nur noch für das Land behalten und an die Kommunen überhaupt nicht mehr weitergegeben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei uns haben die Kommunen an jeder dieser zusätzlichen Erhöhungen, aber auch natürlich an dem größeren Aufkommen teilgenommen. Sie bekommen enorme Mittel aus der Grunderwerbsteuer. Die ist bei Schwarz-Gelb mal eben auf null gesetzt worden.

Sie erzählen nicht, dass von den 20 Milliarden besserer Situation fast 6 Milliarden mehr in Personalausgaben gehen, und das nicht wegen so viel größerer Zahlen an Personal, sondern weil es höhere Löhne und Gehälter gegeben hat, die Sie in vielen Debatten dieses Hauses als viel zu gering kritisiert haben.

Wenn man sich das einmal anguckt – 20 Milliarden nur aus den zwei Positionen „mehr Steuereinnahmen“ und „weniger Zinsausgaben“ gegenüber 16 Milliarden, die wir für Kommunen und Personal mehr ausgegeben haben –, dann sehen Sie schon, dass weniger übrig bleibt als dieser Betrag, um den wir die Nettokreditaufnahme gesenkt haben. Das heißt, es ist auch weniger für anderes ausgegeben worden.

Das passt Ihnen nicht. Deswegen bringen Sie hier jedes Mal dieselbe Darstellung. Das muss auch mal deutlich gemacht werden: Es ist Populismus, sich diese Zahlen so herauszusuchen, dass sie passen

und dass man die Menschen damit möglichst auf die Bäume bringt.

Dann kommt das Thema, wir hätten uns ja auch an der Pensionskasse bedient. Herr Optendrenk, wir hatten da am Wochenende einen kleinen Twitter-Dialog, weil Ihr Parteikollege Linnemann bei Anne Will behauptet hat – einfach so –, dass Nordrhein-Westfalen für die Beamtenpensionen überhaupt nichts zurücklege. Das ist eine glatte Lüge vor einem Millionenpublikum.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Eine glatte Lüge! Das Land Nordrhein-Westfalen hat in seinem Pensionsfonds für die pensionierten Beamtinnen und Beamten der Zukunft 10 Milliarden € und Bayern hat 2 Milliarden €. Das Land wird künftig jedes Jahr 200 Millionen € zurücklegen. Bayern legt 100 Millionen € zurück.

Und dann stellt er sich hin und sagt: Nordrhein-Westfalen macht nichts. – Ich sage, das ist eine postfaktische Behauptung von Herrn Linnemann. Dann schreibt Herr Dr. Optendrenk: Na ja, die Bayern brauchen ja keine Vorsorge, weil sie den Haushalt ja ausgeglichen haben. – Das erklären Sie mal den Steuerzahlern der Zukunft in Bayern. Sagen Sie Ihnen: Ihr habt zwar jetzt keine Schulden, dafür müsst ihr aber jetzt die Beamtenpensionen bezahlen, weil wir keine Vorsorge getroffen haben. – Was ist das für eine Rechtfertigung dieses Vorgehens in Bayern?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Folgendes habe ich im Übrigen in dem Zitat am 6. März 2016 in der „WAZ“, das richtig zitiert worden ist, wirklich gesagt. Dieser Artikel hat nämlich auch eine Überschrift. In dieser Überschrift steht: „Der Rotstift hat zu lange regiert.“ – Das Zitat ist absolut richtig. Schauen Sie sich einmal an, was wir im Bereich von Polizei haben.

Es ist ja oft genug zu lesen, dass sich jetzt rächt, wo der Rotstift regiert hat. Sie beschwerten sich, dass bestimmte Verkehrsprojekte nicht umgesetzt werden können, weil die Planer fehlen. Der Grund dafür ist, weil in Ihrer Zeit der Rotstift regiert hat und weil Sie nicht, wie die FDP immer suggeriert, alles am freien Markt kaufen können. Das können Sie eben nicht. Sie können nicht Planungen einkaufen, wenn Sie noch gar nicht wissen, ob Sie Mittel für die Investitionen bekommen. Sie hätten aber, wenn Sie Planer im Staate gehabt hätten, diese Programme schon in die Schublade legen können. Das sind alles Dinge, die Sie den Menschen verschweigen.

Das ist nicht eine nicht gelungene Konsolidierung, sondern das ist Konsolidierung. Ich habe nämlich gesagt: Wenn sich aus konjunkturellen Möglichkeiten mehr Steuern ergeben, wenn wir weniger Zinsbelastungen haben, dann werden wir das für beides nut-

zen. Zum einen werden wir das nutzen, um die Neuverschuldung dieses Landes stetig herunterzufahren. Das haben wir gegenüber dem Wert, den ich von Ihnen im Haushalt 2010 übernommen habe, um 75 % gemacht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Trotzdem haben wir 29 Milliarden im Haushalt für Bildung stehen, 8 Milliarden mehr als 2010, 38 % Zuwachs. Deswegen haben wir für KiBiz im Haushalt 2017 2,8 Milliarden, 1,5 Milliarden mehr als 2010. Wir haben in der Zeit, in der wir regieren, insgesamt 200 Milliarden für Bildung ausgegeben. Das muss man sich wirklich mal auf der Zunge zergehen lassen. Da können Sie ruhig kommen und sagen: Da sind auch Pensionen drin. – Ja, die wären bei anderen in der gewerblichen Wirtschaft aber auch drin, weil da natürlich die Sozialbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch drin sind. Das sind doch alles Dinge, die Sie verschweigen – nur um Ihr Bild weiter darzustellen, dass es in Nordrhein Westfalen nicht vorangeht.

Wir haben es mit den günstigen Möglichkeiten – das streite ich nicht ab –, die wir in den letzten Jahren hatten, geschafft, beide Stränge zu verfolgen, nämlich den klaren Weg auf die Schuldenbremse zuzugehen, die wir erreichen und einhalten werden, auch mit dem, was wir auf der Bund-Länder-Ebene erreicht haben. Auf der anderen Seite werden wir nicht nachlassen, unsere Aufgaben zu erfüllen und dafür auch die richtigen Wege zu finden. Deswegen finde ich es richtig, wenn das im Landtag noch einmal diskutiert wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich stelle mich hier auch nicht hin und rechtfertige, warum es noch 1,6 Milliarden € – 2,5 Cent pro ausgegebenem Euro – in diesem Haushalt sind, denn wahr ist tatsächlich: Wenn man hier eine abrupte Vollbremsung machen würde, nur weil man eine schwarze Null zeigen will, weil man einen Wettlauf gewinnen will auf einer Ebene, die mit dem, was die Menschen von uns erwarten, überhaupt nichts zu tun hat, dann hätte ich allerdings ein Problem.

Deswegen werde ich hingehen und sagen, es gibt gute Gründe, warum die Länder bis 2020 Zeit haben, den ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Diese Zeit haben wir genutzt, diese Zeit werden wir nutzen. Auf diesem Weg haben wir nun einen weiteren Haushalt vorgelegt, der sich sehen lassen kann und von dem ich glaube, dass wir nicht nur zeigen können, was wir haushaltspolitisch geschafft haben, sondern vor allen Dingen auch, was wir an Inhalten für die Menschen in diesem Land, für die Wirtschaft und für viele, die hier Verantwortung tragen, geschafft haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Dr. Optendrenk gemeldet.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben versucht, sehr wortreich darzulegen, warum das alles völlig anders ist, als die Opposition es hier darstellt. Ich möchte Ihnen gerne mit einem Zitat von Johannes Rau ein weiteres Beispiel geben, warum man bei Ihnen inzwischen skeptisch wird. Der hat 2004 gesagt:

„Und nichts stärkt das Vertrauen der Menschen mehr als die Übereinstimmung von Wort und Tat. Das ist der einfachste Weg, um Glaubwürdigkeit zu gewinnen – und der ist schwer genug –: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt.“

(Zuruf von der SPD: Deshalb machen wir das auch!)

Herr Minister, ich will Ihnen an der Stelle sagen: Die Tatsache, dass Sie der Öffentlichkeit verkaufen, dass die Zuweisungen des Bundes, die über die Umsatzsteuer abgewickelt werden, alles Steuermehreinnahmen des Landes sind, ist genau der Grund, warum man Ihnen an der Stelle nicht über den Weg traut.

(Beifall von der CDU)

Das ist genau der Punkt, über den wir hier im Haushalt an mehreren Stellen reden. Genau das ist an mehreren Stellen passiert. Fragen Sie mal die Öffentlichkeit!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die Fraktion der SPD hat sich Frau Kollegin Gebhard gemeldet.

Heike Gebhard (SPD): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Dr. Optendrenk, das Zitat von Johannes Rau, das Sie gerade gebracht haben, ist völlig zutreffend und trifft voll auf diese Landesregierung zu.

(Beifall von der SPD)

Da haben Sie völlig recht. Das finde ich, ist ein guter Auftakt. Den hätte ich auch selbst wählen können.

Ja, mit einem Satz hat auch der Kollege Witzel recht, nämlich mit dem Satz: Wir beraten heute den letzten Haushalt der 16. Legislaturperiode. – Das ist in der Tat eine gute Gelegenheit, einmal zu gucken, wie die einzelnen Haushaltspläne in dieser Legislaturperiode beraten worden sind und wie sich insbesondere die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion als Opposition verhalten haben.

Fangen wir damit an: In dem ersten Jahr haben Sie – weil Sie genau wussten, mit welcher mittelfristigen Finanzplanung Sie uns belastet haben, nämlich damit, dass wir 6,5 Milliarden Neuverschuldung machen müssen – immer versucht, deutlich zu machen: Die Schuldenbremse einzuhalten, das schaffen Sie nie. – Das heißt – mit anderen Worten –: Sie haben selbst nicht daran geglaubt, dass Sie, wenn Sie weitergemacht hätten, es hingekriegt hätten. Das war der Punkt. Dann erfolgte eine völlig andere Entwicklung. Dann mussten Sie feststellen, dass selbst PwC uns ins Stammbuch schrieb, wir seien auf einem guten Wege. Sie wissen – Sie haben die Zahlen selbst genannt –, dass wir inzwischen bei nur noch 1,6 Milliarden sind. Niemand hat erwartet, dass wir in dieser Zeit die Neuverschuldung so kontinuierlich senken.

Was war die Konsequenz? Sie haben dann umgeschaltet, den Punkt „Schuldenbremse bzw. Verschuldung“ etwas abgeschwächt, nicht mehr so betont und haben gemeinsam mit der CDU versucht, aufzuzeigen, wo die Defizite in diesem Lande sind und wo wir überall zu wenig machen. – Herr Lohn ist gerade nicht da; ich habe ihn heute Morgen noch nicht gesehen. – Das haben Sie bei allen möglichen Punkten getan, ob bei Polizei oder Schule: Überall wäre zu wenig Personal da, und wir würden es nicht hinkriegen – auch beim Nachwuchs nicht –, und wir müssten dieses und jenes. – Also: immer mehr, mehr, mehr.

Dann kamen unsere Antworten. Wir haben Ihnen das vorgerechnet und gesagt: Das ist ja toll, Sie als Fachpolitiker stellen überall Mehr-Forderungen, aber eine finanzielle Deckung kriegen Sie nicht hin. – Ihre einzige finanzielle Deckung war immer: Elternbeiträge und Studiengebühren wieder einführen. – Das heißt, den Hochschulen das Geld, das wir reingegeben haben, wieder wegnehmen und die Studenten selbst bezahlen lassen, um daraus gegebenenfalls etwas zu leisten. Das ist doch perfide.

Als wir Ihnen vorgerechnet haben, dass das immer noch nicht reicht, Sie damit nicht hinkommen und Ihre Fachpolitiker immer auf einem anderen Sockel sind, entdecken Sie wieder das Thema „Schuldenbremse“, passend zum Wahlkampf nach dem Motto: Das könnte man ja vielleicht transportieren.

Was ist das für eine Orientierung? Ich finde es einfach nur traurig, dass Sie hier überhaupt kein Konzept vorlegen, wie bei Ihnen eine ordentliche Haushaltspolitik aussehen würde.

Wir können jedenfalls feststellen – das sage ich insbesondere in Richtung Piraten –:

Erstens. Ja, wir bekennen uns zum Grundgesetz. Wir können das Grundgesetz von hier aus nicht ändern. Wir halten uns an das Grundgesetz.

Zweitens. Das führt aber nicht dazu, dass wir unser Land kaputtsparen, sondern dazu, dass wir uns den

Aufgaben in diesem Lande stellen und nachhaltig investieren – nicht nur in Asphalt und Beton,

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

sondern auch in die Köpfe unserer Menschen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

in die Kinder, um ihnen eine Zukunft zu geben. Das ist nachhaltige, vernünftige Politik.

Lassen Sie mich an der Stelle einen Satz aus einer Stellungnahme einer Mitgliedsgewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes zum Ergänzungshaushalt zitieren!

Da heißt es:

„Dabei setzt die Landesregierung ihre Abkehr von der langjährigen Maxime des Personalabbaus fort.“

Was beinhaltet der Satz? Er beinhaltet zweierlei:

Erstens. Wir machen es in diesem Haushalt nicht zum ersten Mal, sondern wir sind schon die gesamte Legislaturperiode auf einem guten Weg.

Zweitens. Es wird gesehen, dass es die richtige Richtung ist.

Es kommt noch ein zweiter Aspekt hinzu. Wir beschließen nicht nur locker mehr Personal, sondern wir regeln auch, dass es rekrutiert und gewonnen werden kann und zusätzlich ausgestattet wird.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

In der Stellungnahme heißt es weiter:

„Besonders hervorzuheben ist bei den zusätzlichen Stellen im Bereich der Polizei, dass nicht nur die Stellen selbst, sondern auch die begleitenden Kosten für Raumausstattung und Arbeitsplatzgestaltung aufgelistet sind. Insbesondere die IT-Ausstattung ist für eine sachgerechte Aufgabenerledigung von erheblicher Bedeutung.“

Das heißt, auch die Mittel dafür werden bereitgestellt. Im Land ist man längst viel weiter, als Sie sich hier gerieren.

Abschließend einen letzten Satz zu Herrn Schulz: Herr Schulz, ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie über die Zeiten, bevor Sie im Parlament waren, keine Kenntnis haben. Aber ich denke, dann wäre es angemessen, auch keine Aussage dazu zu machen. Jedenfalls können Sie Ihre Aussage, dass der jetzige Haushalt schlechter sei als 2012, als Sie angefangen haben, nicht belegen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Verehrte Kolleginnen und

Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13512, den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf von der SPD: Das war knapp!)

Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13512 in zweiter Lesung** mit den Stimmen der SPD, der Grünen, des fraktionslosen Abgeordneten Stüttgen gegen die Stimmen der CDU, der FDP, der Piratenfraktion und der fraktionslosen Abgeordneten Schulz und Schwerd **angenommen**.

Ich lasse zweitens über die Finanzplanung 2016 bis 2020 und Finanzbericht 2017 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13518, die Finanzplanung 2016 bis 2020 und Finanzbericht 2017 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 16/13518 mit den Stimmen der SPD, der Grünen, des fraktionslosen Abgeordneten Stüttgen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Piratenfraktion und der fraktionslosen Abgeordneten Schulz und Schwerd **angenommen** und damit **die Finanzplanung 2016 bis 2020 und der Finanzbericht 2017 Drucksache 16/12501 zur Kenntnis genommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
(Arbeit, berufliche Weiterbildung, Integration, Soziales)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13511

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte gibt uns Gelegenheit, darüber zu sprechen, mit welchen Maß-

nahmen, Ideen, Programmen und Debattenbeiträgen die Landesregierung bzw. der Arbeitsminister aufgefallen ist oder eben unauffällig geblieben ist.

Die gute Nachricht gleich zu Beginn: Auch in NRW geht die Arbeitslosigkeit zurück. Seit 2010 ist sie in ganz Deutschland um 19% gesunken, in Nordrhein-Westfalen nur um bescheidene 7%. Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen betrug im Oktober 2016 7,4 %. Das ist der niedrigste Stand seit fünf Jahren. Sie liegt aber deutlich über dem Bundeswert von 5,8 %.

19 % im Vergleich zu 7 % – das klingt vielleicht mathematisch-technisch, hat aber konkrete Auswirkungen. Denn in anderen Bundesländern – mittlerweile auch im Osten Deutschlands – haben Arbeitslose bessere Chancen, wieder in Beschäftigung zu kommen, als in Nordrhein-Westfalen. Wer arbeitslos ist oder wird und das Pech hat, in Nordrhein-Westfalen zu leben, dessen Chancen sind geringer als anderswo, wieder in Beschäftigung zu kommen. Das ist die Bilanz Ihrer Regierungszeit. Das ist nicht gut, und das muss sich ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen braucht einen Arbeitsminister und eine Landesregierung, die einen umfassenden Ansatz verfolgen – eine Landesregierung, die eben nicht nur in arbeitsmarktpolitischen Projekten denkt. Jetzt kurz vor Toresschluss, am Ende des Jahres 2016, kündigen Sie an, dass 14 Millionen € in den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes fließen. Es sollen – das Ganze bei ca. 300.000 Langzeitarbeitslosen – 4.000 Stellen geschaffen werden. Das konnten wir zumindest den Medien entnehmen.

Ich halte fest, dass Ihr Konzept anscheinend nicht überzeugend genug war, um von Arbeitsministerin Nahles unterstützt zu werden. Und Ihre Kritik am Finanzminister im Bund in dieser Frage – in der Vergangenheit häufig hier gehört – geht am Kern der Sache vorbei.

(Minister Rainer Schmelzer: Nein!)

Sie selbst kommen mit einem Projekt aus dem Koalitionsvertrag kurz vor Weihnachten 2016 um die Ecke. Ein solcher sozialer Arbeitsmarkt lässt sich nicht zwischen Weihnachten und Silvester organisieren.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen braucht eine Landesregierung, die weiß, dass alles, was verteilt werden soll, zunächst erwirtschaftet werden muss, und die ein Bewusstsein dafür hat, dass eine vernünftige Wirtschaftspolitik Voraussetzung für das Entstehen von Arbeitsplätzen ist. Ich fordere einen Arbeitsminister, der sich als Standortminister versteht, der mit einem anderen Selbstverständnis agiert und sich immer dort einmischt, wo es um Beschäftigung geht. Das tun Sie nicht, und das ist